

Freie Abstimmung oder Einmarsch

Die militärische Geste Frankreichs und das Echo in Hitlerdeutschland

Die große Gefahr

Am 21. November tritt der Völkerbundsrat in Genf zusammen. Die sogenannte Abrüstungskonferenz will einige Tage später ihr Büro nach Genf einberufen.

Niemals seit dem Kriegsende haben internationale Konferenzen unter so drohenden Weltkonstellationen sich versammelt wie in diesem November.

Die russisch-japanischen Konflikte bleiben kritisch und ungelöst. In London stattfindende Flottenbesprechungen zwischen Nordamerika, Japan und England stehen auf dem toten Punkt. Die Hintergründe des politischen Doppelmordes von Marseille sind ungeklärt und vermehren die Spannung in Europa. Aus Belgien sind bisher drei Notizen, die sich mit der Bestätigung kroatischer Terroristen in Ungarn und ihre Unterführung durch ungarische Stellen beschäftigen, nach Budapest abgegangen. Ueber die Einzelheiten dieser wichtigen Diskussionen wird beiderseits Stillschweigen beobachtet. Versöhnlich ist diese geheimnisvolle Zwiesprache nicht. In Oesterreich hält das unterirdische politische Leben an. Sicher ist nur, daß die letzte Regierung auf der sehr schmalen Grundlage, die sie betreten hat, sich nicht mehr lange halten kann. Der „außerordentliche“ Gesandte Herr von Papen wird von einflussreichen Politikern Frankreichs gefährlicher Anträgen beschuldigt, die eine Verwirrung in Oesterreich zur Machtergreifung oder doch zur Machtbeteiligung der Nationalsozialisten dienen sollen. Das Regierungsorgan in Belgien, die „Prova“, zeigt an die Exkaiserin Zita, die ihre Händchen und ihre Finanzen in diesen Spielen mit Explosivstoffen haben soll.

Die englische Presse, auch solche Zeitungen, die sich um Verständnis und Geduld gegenüber Hitlerdeutschland bemühen, findet mehr und mehr, daß die von Deutschland geforderte militärische Gleichberechtigung nicht gewährt werden, das heißt also, die deutsche Aufrüstung, nicht legalisiert werden dürfe. Denn daß Hitlerdeutschland mit dem stärksten Tempo in das internationale Wettrennen eingetreten ist, hat man nun auch in England allgemein beauftragt. Vielleicht hat es sogar der Ministerpräsident MacDonald eingesehen. Es genügt für das wachsende Interesse der Engländer gegenüber dem militärpolitischen Problem Hitlerdeutschland, daß englische Betrüger ganze Serien von Büchern über die deutsche Aufrüstung herausbringen. Insbesondere wird das englische Luftfahrtministerium in Anspruch genommen, für die Luftschiffahrt Englands gegen einen deutschen Angriff zu sorgen.

Der König Leopold von Belgien ist vor einigen Tagen persönlich auf die politische Rednertribüne gegangen, um sich für die Verstärkung des belgischen Verteidigungssystems einzusetzen. Frankreichs Marschall Petain verlangt erhöhte Rüstungskredite mit der eindringlichen Spitze gegen Hitlerdeutschland. Herriot mahnt zum Durchgehen mit dem Hinweis auf das kritische Datum der Saarabstimmung am 13. Januar, das die stärkste außenpolitische Belastung bringen könnte. Und nun kommen die militärischen Vorberichtigungen Frankreichs an der Saargrenze. Anweisungen an die militärischen Kommandostellen für den Fall eines deutschen Handstreichs an der Saar, verstärkt durch die Geste der öffentlichen Bekanntheit dieser Befehle und ihrer offiziellen Notifizierung in London, das keine Zustimmung zu der französischen Geste publizieren läßt.

Es wäre kindlich, sich damit zu beruhigen, daß das alles nur gesch. be. um die innerpolitische Krise Frankreichs zu entspannen und so die Verfassungsreform unter großem außenpolitischen Lärm im Sinne Doumergues und Lardens rasch zur Erledigung zu bringen. Daß man die Gelegenheit benutzen möchte, um unter der Drohung des außenpolitisch unumwölkten Horizontes auch innerpolitische Vorteile zu erzielen, ist zweifellos richtig. Die objektiven Tatbestände der Gefährdung des Friedens Europas sind aber stark genug, um große Sorgen zu rechtfertigen.

Einer der Brandherde und vielleicht der gefährlichste und akuteste liegt an der Saar. Die gesamte hitlerdeutsche Presse ist seit achtundvierzig Stunden in großer Nervosität. Das ist begreiflich genug, denn es ist eine anhergewöhnliche Maß-

nahme, die Frankreich trifft und ein Gradmesser für die Höhe und Gefahr der Spannung zwischen den beiden Regierungen.

Nur sollte man nicht so tun, als ständen die französischen Truppen schon an der Saar und die Abstimmung lände unter dem Druck französischer Bajonette statt. Ob die französischen Truppen einmarschieren oder nicht, hängt einzig und allein von den Hitlerdeutschen und ihrer sogenannten „deutschen Front“ im Saargebiet ab. Die ganze in jeder Beziehung bedauerliche Entwicklung wäre nicht an diesen Punkt gelangt, wenn nicht Hitlerdeutschland und seine Agenten an der Saar die Berufung einer neutralen Abstimmungspolizei mit allen Mitteln, auch durch diplomatischen Druck auf kleine neutrale Länder verhindert hätten. Diese deutschen Schreier treiben seit Jahr und Tag eine in ihren Absichten antideutsche Politik und wundern sich und entrüsten sich dann, wenn die Folgen eintreten. Wären nicht gerade im deutschen Interesse ein paar hundert neutrale Abstimmungspolizisten dieser gefährlichen deutsch-französischen Zulassung vorzuziehen gewesen?

Nicht einmal diese neutrale Abstimmungspolizei hätte in Betracht gezogen werden müssen, wenn nicht die hitlerdeutsche Front an der Saar von Anfang an Explosionen hingearbeitet hätte. Die Reichsregierung und ihre Beauftragten an der Saar haben ein politisches Verbrechen von europäischem Ausmaß begangen, als sie die Parole angaben, in dem engen Raume des Saargebietes werde ein Kampf zwischen Deutschland und Frankreich angesetzt. Seit Monaten heist die ganze gleichgeschaltete Presse gegen die angeblich beabsichtigte Annexion des Saargebietes durch Frankreich und der Status quo wird aus rein parteipolitischen Interessen als rein französische Lösung hingestellt.

Das bedeutet aber für den Abstimmungskampf eine böse und unerträgliche sich steigende Vergiftung der Atmosphäre. Jeder abstimmungsberichtigte Deutsche, der für die einstweilige Beibehaltung des Völkerbundesregimes und für die spätere Rückkehr in ein befreites Reich eintritt, wird als ein Anecht Frankreichs diffamiert, als ein Separatist und ein Landesverräter beschimpft, wird eines Verbrechens beschuldigt, auf das, wie gerade heute in Berliner Meldungen hervorgehoben wird, Todesstrafe gesetzt ist.

Wer eine solche Agitation auf rein deutschem Gebiet betreibt, wer keine Volksgenossen, die lediglich aus nationalen Erwägungen diesen letzten Rest deutschen Bodens gegen die Vergewaltigung durch einen blutigen Parteiterrör schützen wollen, als Landesverräter diffamiert und diese Hunderttausende als im Dienste einer fremden Macht stehend beschimpft, ist entweder unzurechnungsfähig oder er arbeitet bewußt auf gewalttätige Lösungen hin. Jede Anreizung hat ihre Grenzen, an denen der blindwütig geführte Doh. Die Achtung des Gegners unvermeidlich Zusammenstoße hervorgerufen muß.

Hinzutritt die habsche Art, mit der in den Kreisen der ausgewählten und verwilderten nationalsozialistischen Jugend das, was man gemeinhin „einen Handstreich“ nennt und die blutige Abrechnung mit den „Landesverrättern“ besprochen und vorbereitet wird. Dafür ist der Brief des früheren Landesleiters, des jetzigen Staatsrats und Reichsbeauftragten Spaniol, der mit dem Einmarsch eines Heeres junger Arbeitsdienstler droht, ein klarer Beweis.

Die Verantwortung für diese Entwicklung liegt bei den Politikern und Publizisten, von Hitler bis Pirro und Hellbrück, die immer wieder die nationale Feme über die „Landesverräter“ und „Separatisten“ verhängen. Niemand wird ihnen diese Verantwortung abnehmen. Niemals wird sie ihnen vergessen werden.

Daß der Präsident der Regierungskommission, Herr Anor, das Recht hat, französische Truppen anzufordern, wenn Leben und Eigentum der Saarbevölkerung bedroht sind und die einheimischen Polizeikräfte nicht ausreichen, darüber sollte eigentlich nicht diskutiert werden. Soll er etwa in seinem Palast ruhig zusehen, wenn Mord und Totschlag in den Straßen Saarbrückens herrschen sollten? Freilich wird er die französischen Truppen erst in Marsch setzen lassen dürfen, wenn wirklich ein anderer Ausweg zur Wiederherstellung der Ordnung nicht mehr bleibt. Das ist so selbstverständlich, daß man es einem Manne auf so exponiertem Posten nicht erst zu predigen braucht. Uebrigens ist es in diesem Zusammenhang wichtig, daß keine englische Zeitung mehr eine

Großer Labour-Sieg

Vormarsch der Sozialisten in ganz England

London, 2. Nov. Die bisher bekanntgewordenen Ergebnisse der am Donnerstag abgehaltenen Gemeinderatswahlen zeigen, daß die Arbeiterpartei in den Londoner Gemeindebezirken ihre vor drei Jahren erlittene schwere Niederlage nicht nur wettgemacht, sondern darüber hinaus Fortschritte erzielt hat. Die Arbeiterpartei beherrschte von 1928 bis 1931 in Groß-London acht Gemeinderäte. Bei ihrer Niederlage eine Woche nach den Parlamentswahlen im Jahre 1932 verlor sie fünf davon, um dann später bei einer Ersatzwahl wieder einen zurückzugewinnen, so daß sie bei den jetzigen Wahlen vier Londoner Gemeinderäte beherrschte.

In den späten Abendstunden des Donnerstag wurden die Wahlergebnisse in 17 von 28 Londoner Gemeinderäten gemeldet. In nicht weniger als 10 von ihnen hat jetzt die Arbeiterpartei für die nächsten drei Jahre die Mehrheit. Elf Ergebnisse stehen noch aus.

Bei den Wahlen in der englischen Provinz und in Wales ist die Lage noch unübersichtlich. Dort wird in den Gemeinderäten jedes Jahr ein Drittel der Ratsmitglieder neu gewählt. Indessen besagen die ersten Ergebnisse auch hier, daß die Sozialisten in vielen Städten ihre Siege zurückerobern haben. In Sheffield konnten sie ihre Mehrheit erhöhen. In Hull und Stoke-on-Trent haben sie Siege zurückgewonnen.

Die Ergebnisse sind um so bedeutsamer, als die Wahlen unter der Klassen-Parole stattfanden: für oder gegen Kommunalsozialismus.

Abberufung des Herrn Anor fordert. Vielleicht überlegen sich die Madanpolitiker der „deutschen Front“ an der Saar und ihre Hintermänner in Berlin, was das bedeutet: welcher gewaltigen europäischen Front sie und wir alle und unter ganzes deutsches Vaterland gegenüber stehen, wenn der Saarkampf zu Explosionen führt.

Man darf die Verantwortung nicht verschleiern lassen: Sie liegt in Berlin. Dort sagt man, Frankreich suche nach einem Anlasse, ins Saargebiet einzutreten. Nun gut, Aufgabe der deutschen Politik wäre es dann, diesen Anlaß zu vermeiden: Schluß mit der Verfeinerung und Achtung der Hitler-Gegner an der Saar, Schluß mit der Aufwählung aller gewalttätigen Infiltrate (Pirro: Mordgestundel und Mörderzentrale für die Einheitsfront), Schluß mit der Verhegung, als kämpften auf saarbrückischem Boden Franzosen gegen Deutsche, Schluß mit dem wahnwitzigen Spiele durch eine Volksverhebung um den 13. Januar herum vollzogene Tatsachen zu schaffen, Schluß mit den Strategen und Quartiermachern für diesen „friedlichen Einzug“, Schluß mit den terroristischen Drohungen gegen die Deutschen an der Saar, die sich für Deutschland gegen Hitler bekennen und endlich die Anerkennung, daß eine wirkliche freie Abstimmung auch von Hitler-Deutschland geachtet werden muß. Auch dann bleiben noch bei der bekannten Vertragsbrüchigkeit der Hitler und Schacht Sorgen genug.

Wir wollen weder einen französischen Einfall noch einen hitlerdeutschen Handstreich an der Saar.

Das Saargebiet soll am 13. Januar frei entscheiden, und die freie Entscheidung soll beiderseits respektiert werden. Das ist die Forderung der Freiheit und des Friedens.

Die englische Regierung stimmt zu

Eine offiziöse Darstellung in der „Times“

London, 2. Nov. „Times“ befaßt sich in einem offenbar inspirierten Artikel mit der Saarpolitik. Das Blatt stellt fest: Die Haltung der britischen Regierung gegenüber der Abstimmung über die Zukunft des Saargebietes ist gegenwärtig im wesentlichen die eines Negativators. Großbritannien, das den Versailler Vertrag unterzeichnet hat, wünscht, daß die Volksabstimmung sich unparteiisch vollzieht, ohne daß auf die Wähler durch Drohung oder unzulässige Beeinflussung irgendwelcher Art ausgenutzt wird. Die englische Regierung ist überzeugt, daß der Völkerbund angemessene Vorkehrungen trifft, um dieses Ziel zu sichern. Der Völkerbund hat bereits einen Abstimmungsaustrich eingeleitet. Die Regierungskommission des Saargebietes ist vom Völkerbund ermächtigt worden, in den neutralen Ländern zusätzliche Polizeikräfte anzuwerben, um die Wahlerhaltung gegen Störungen der Ordnung zu sichern. Am 21. November tritt der Völkerbundsrat zu einer Sitzung zusammen. Dabei werden die letzten Vorkehrungen für die Abstimmung und andere Saarklagen zur Erörterung stehen, so z. B. die Fortsetzung der Pensionsabläufe nach Abschluß der Verwaltung des Saargebietes durch den Völkerbund.

Die Politik der französischen Regierung nebst hierüber hinaus. Sie laßt die Möglichkeit ins Auge, daß die Polizeikräfte, die dem Präsidenten der Saarregierungs-Kommission zur Verfügung stehen, einer Verstärkung bedürfen.

Die britische Regierung ist über die französische Ansicht vollkommen unterrichtet. Die Vertreter Großbritanniens sind von Barthou informiert worden. Das trifft besonders für den Herbst dieses Jahres, wo der französische Staatsmann in Genf erklärte, seine Regierung sei bereit, wenn sie vom Völkerbund aufgefordert werde, Truppen in das Saargebiet zu entsenden, die der britischen Polizei behilflich sein sollten, die Freiheit der Volksabstimmung gegen jede Beeinflussung zu sichern und jeder ernstlichen Störung vorzubeugen.

Die Vorsichtsmaßnahmen, die von der französischen Regierung später noch ergriffen worden sind, um den etwaigen Ausbruch ernstlicher Unruhen im Saargebiet gegebenenfalls abzuwehren, wurden der englischen Regierung gleichfalls mitgeteilt. Wie verlautet, hat der französische Botschafter Sir John Simon dieser Tage bei einer Besprechung davon in Kenntnis gesetzt.

Die britische Regierung betrachte zwar die Haltung Frankreichs als „durchaus angemessen“. Indessen bestrebt sie nach Auffassung der britischen Regierung keine Wahrscheinlichkeit dafür, daß der von der französischen Regierung beabsichtigte Fall eintritt, es sei denn, daß die Parteien im Saargebiet jedes Verantwortungsgefühl verlieren. Großbritannien beabsichtigt daher nicht, in dieser Angelegenheit vorzeitig irgendwelche besondere Schritte zu tun.

Rechnisch, wenn auch mit geringer Zurückhaltung, ankert sich die „Morning Post“.

Französische Sorgen

(Von unserem Korrespondenten)

A. Ph. Paris, 2. November.

Mehr als zuvor schenkt die Presse Deutschlands Rüstungsmethoden ihre Aufmerksamkeit. Im „Matin“ veröffentlicht Philippe Barres einen ausführlichen Artikel, in dem er den Nachweis führt, daß Deutschland im kommenden Frühjahr über ein Heer verfügen wird, dessen Mannschaftsbekände und Ausrüstung den Vergleich mit Zahl und Bewaffnung der deutschen Armee bei Kriegsbeginn aushalte.

Der „Figaro“ bringt aus der Feder des Generals A. Nessel eine Abhandlung, in der die Zusammensetzung der deutschen Reichswehr genau geschildert und darauf verwiesen wird, daß diese heute schon annähernd 300.000 bis 400.000 Mann, also das Drei- bis Vierfache der durch den Versailler Vertrag festgesetzten Mannschaftsstärke, besitze. Ebenso wie Philippe Barres erwähnt der Autor aber auch, daß man als militärische Truppe auch die kalibrierten und militärisch ausgebildeten Polizeimannschaften, ferner die Mitglieder des Arbeitsdienstes, die Studenten, die S. Z. und die S. A. zählen müsse. General Nessel kommt dann zu folgendem Schluß:

„Das alles vollzieht sich in dem Augenblick, wo in Frankreich die mageren Jahrgänge, in denen das Voch sein wird, die der Jahre 1935, 1936 und 1937 kaum zwei Fünftel des normalen Beitrages zum Heere und 1938 und 1939 die Hälfte aufbringen werden. Wenn wir nicht entschlossen sind, beizeiten die Dauer des Militärdienstes zu verlängern, dann wird es uns unumgänglich sein, die gegenwärtige Organisation des Heeres zu erhalten. Aber diese ist ein Minimum. Unter dieses Minimum herunterzugehen, hat die militärische Führung immer für unzulässig gehalten, selbst als die Reichswehr nur hunderttausend Mann zählte und das Kaiserregime noch nicht seine hunderttausende von braunen (S. A.) und schwarzen (S. Z.) Willigen zusammengefaßt hatte.“

Die einzige, einfache und logische Lösung ist, wenn wir an das Defizit unserer Jahrgänge 1938 und 1939 denken, schon im Laufe des Jahres 1935 die Rückkehr zur zweijährigen Dienstzeit.

Unser Politiker sagen, das Land wolle nichts von dieser Verlängerung der Dienstzeit wissen. Was verstehen sie denn davon? Ich verstehe davon etwas infolge meiner über ganz Frankreich sich erstreckenden Beziehungen zu den Scharen unserer Rekruten — fast alle Franzosen verstehen vollkommen diese Notwendigkeit.

In Dax im Unterelsaß wurde am Donnerstag durch Großener eine im Aines-Tal gelegene Getreidezucht zerstört. Das Fabrikgebäude und bedeutende Gütervorräte wurden ein Raub der Flammen. Der Sachschaden wird auf drei Millionen Franken geschätzt.

Was die hitlerdeutsche Presse schreiben muß

Die Wilhelmsraße befehlt entrüstete Aufregung

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Der Fall bedarf dringend der Aufklärung. Wir möchten zunächst nicht annehmen, daß Herr Knox den Ertrag haben könnte, sich zum Herrn über Krieg und Frieden in Europa zu machen. Bei seinem letzten Auftreten in Genf hat der vorstehende Außenminister Barthou allerdings schon Gedanken geäußert, die eine gefährliche Verwandtschaft mit dem Geist dieser neuen Verlautbarung haben. Was Herr Barthou damals sagte, kam auf eine glatte Interventionsdrohung hinaus, wobei der Einfall französischer Truppen in das Saarland an die Wand gemalt wurde. Herr Barthou glaubte, sich mit dieser Drohung auf das einstimmige Gefühl aller Franzosen berufen zu können. Wir schreiben schon damals, daß wir dies für bare Münze halten, und wir können nur wiederholen, daß wir dem französischen Volk nicht zu trauen, den Mißerfolg der Ruhrpolitik schon vergessen zu haben.

Das „Berliner Tageblatt“:

Die systematisch ausgetreuten französischen Gerüchte über einen angeblich beabsichtigten deutschen Putsch unmittelbar nach der Abstimmung im Saargebiet sind uns seit einiger Zeit bekannt. Wir sind im allgemeinen nicht darauf eingegangen, weil wir sowohl eine Beunruhigung der Saarbevölkerung vermeiden wie darauf verzichten wollten, unsehrleibt zur Verschärfung der Stimmung zwischen Deutschland und Frankreich beizutragen. Nachdem nun eine Reihe verbreiteter französischer Zeitungen sich dazu hergegeben hat, diese aus Genf heraus in die kommenden Behauptungen zu verbreiten und die französische Regierung zu militärischen Gegenmaßnahmen zu ermuntern, müssen diese Rücksichten schweigen.

Die „Berliner Börsen-Zeitung“:

So überflüssig es wäre, die völlige Unmöglichkeit dieser plühen Propagandamethoden von französischer und saarparatistischer Seite unter Beweis zu stellen, so dringend notwendig erscheint es uns, die Weltöffentlichkeit auf die Winkelzüge einer Politik hinzuweisen, die den mühsam anrecht erhaltenen Frieden in Europa auf das ernsteste gefährdet und so den nicht unbegründeten Verdacht ansetzt, das Wort des Saarvolkes mit Waffengewalt entweder präjudizieren oder nachträglich korrigieren zu wollen. Tendenzen, zu deren Verfechtung höchste französische Militärs und der Regierung nahestehende Presseorgane arbeiten, sollte man überall die ernste Aufmerksamkeit zuwenden.

Die „Germania“ schreibt unter der Überschrift: „Frankreich mobilisiert Saararmee“: Die militärischen Vorbereitungen zum angeblichen Schutz des Saargebietes sind eine Drohung, die selbst wieder Urube stiftet, damit jene Elemente im trüben fischen können. Der Grundgedanke, daß die Drohung mit den Waffen, der Krieg die ultima ratio zur Wahrung des bedrohten Rechtes eines Volkes sei, wird hier ins Gegenteil verkehrt. Denn hier wird zur ultima ratio gezwungen, um sie gegen das bellige Recht des Saarvolkes zu stellen. Es ist dieser Willkür schuldlos preisgegeben, weil der Reich mit der Entlassung nicht in der Lage ist, selbst die ultima ratio zum Schutze des Rechtes an der Saar zu ergreifen.

Der „Kölnischer Anzeiger“:

Paris spielte seine letzte Karte aus, um die Verhandlungen, die im Zusammenhang mit der kommenden Genfer Erörterung der Barthouischen Denkschrift über die Saar stünden, in seinem Sinne zu beeinflussen. England sollte wiederum auf denkbar kurzfristige Weise Sekundantendienste. Auf das Saarvolk würde aber die französische Drohung nicht den geringsten Eindruck machen, sondern im Gegenteil.

An der Saar

Die „Deutsche Arvon“ schreibt:

Man möchte markieren und man sucht einen Kulturnpunkt. Ein tatsächlicher Grund besteht nicht. An der Saar herrscht absolute Ruhe und Ordnung. Die Freiheit der geordneten Abstimmung ist tatsächlich garantiert. Sie könnte öffentlich sein, und sie würde nicht anders ausfallen, wie sie am 13. Januar ausfallen würde: Für Deutschland! Und weil man das weiß, und weil das so ist, sucht man sie unter die Spitze der französischen Bajonette zu drücken, obwohl das das Abstimmungsergebnis nicht im geringsten beeinflussen könnte.

Man sucht lieberhaft nach Gründen, die eine französische Invasion „vor der Welt rechtfertigen“ würden. Man sucht lieberhaft, und weil dies vergeblich ist, werden eben die Gründe konstruiert.

Die frühere katholische Landeszeitung:

Wenn wir Saardeutsche immer wieder Nachrichten wie die hier mitgeteilten lesen müssen, dann macht das auf uns den Eindruck, daß der Welt nun wirklich nicht in Frieden leben soll, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt. Wollen die französischen Militärs um jeden Preis einen Suizid in das Saargebiet unternehmen? Und soll die Volksabstimmung am 13. Januar unter dem „Schutze“ der französischen Bajonette vor sich gehen?

Die gleichgeschaltete „Saarbrücker Zeitung“:

Voraus es heute ankommt, ist die Methoden fehzunehmen, mit denen man in Frankreich versucht, die Außenpolitik in den Dienst der Innenpolitik zu stellen, wenn man es schärfer ausdrücken soll: auf Kosten des Friedens in Europa den Bürgerkrieg unter den Parteien in Frankreich aufrechtzuerhalten. Man kann es also nur als ein verwerfliches Spiel mit dem Feuer zu bezeichnen, wenn man in Frankreich zur Sicherstellung der innerpolitischen Lage derartige außenpolitische Exzesse betreiben sich erlaubt. Das Urteil läßt sich wohl aussprechen, ohne der französischen Regierung unrecht zu tun, daß in dem Spiel mit der Saarklage ein glattes Verbrechen am Frieden in Europa geschieht.

„Mit unerhörter Leichtfertigkeit“

Halbamlicher hitlerdeutscher Einspruch gegen Frankreich

Die Diplomatisch-politische Korrespondenz schreibt:

Dnb. Berlin, 1. Nov. Die Erregung, die durch die Nachricht von der Bewegung französischer Truppen an der Saar- Grenze und durch die in London erfolgte entsprechende französische Demarche hervorgerufen worden ist, hat in Paris Veranlassung zu einer offiziellen Stellungnahme gegeben, die offenbar beschwichtigend sollte, aber leider in keiner Weise die allgemeine Beunruhigung zu mildern geeignet ist. Im Gegenteil: diese neue französische Stellungnahme enthält die Bestätigung der Befürchtungen deutscher und europäischer Kreise. Jeder einzelne Satz der Verlautbarung gibt zu den schwersten Bedenken Anlaß und bedarf einer Zurückweisung vom Standpunkt des internationalen Rechts und der überall anerkannten Grundzüge der Loyalität.

Es wird erklärt, Frankreich halte sich strikte an den Vertrag und gedenke in keiner Weise die Abstimmung der Saarländer, die frei bleiben müsse, zu beeinflussen. Es gibt aber keine Bestimmung des Vertrages, die unter irgendwelchen Voraussetzungen so bedeutet werden könnte, als ob die Abstimmung in Anwesenheit oder unter der Aufsicht fremder Truppen möglich wäre. Dori, wo der Versailler Vertrag mit Bezug auf das Saargebiet überhaupt von Truppen spricht, bestimmt er lediglich, daß dort nur eine lokale Gendarmerie bestehen dürfe. Wenn Frankreich loyal handeln will, so kann man ihm nur zurufen: Achte diese Abstimmung und wache nicht den Versuch, sie zu einem Dohn an die Freiheit werden zu lassen. Wenn Frankreich die Abstimmung der Saarländer nicht beeinflussen will, wie die Verlautbarung behauptet, so müßte die französische Regierung von sich aus den Gedanken eines Einmarsches ihrer Truppen in das Saargebiet unter allen Umständen absehen. Sie müßte die letzte sein, die auf irgendwelche Anregungen sich bereit finden könnte, Truppen zur Verfügung zu stellen; denn keine härtere Beeinflussung einer Abstimmung ist denkbar als der Kulmarck von Militär, das selbst eine interessierte Partei repräsentiert. Man ist hier nicht auf abstrakte Vorstellungen angewiesen.

Es ist hinlänglich bekannt, was französische Truppen auf deutschem Boden für die Freiheit der Bevölkerung bedeuten. Sie bringen, ganz abgesehen von dem moralischen Druck, den der Anblick der Bajonette, Maschinengewehre und Panzerwagen immer auf eine fremde Bevölkerung ausübt, ihre Militärgerichtsbarkeit und ihr sonstiges Ausnahmeregime für die Bewohner des Gebietes mit.

Die Exekutive würde von der Regierungskommission auf den französischen Kommandierenden General und auf die höheren Militärbefehlshaber übergeben. Verbote und Vorschriften jeder Art „zum Schutze der Sicherheit der französischen Truppen“, Requisitionen, Hausdurchsuchungen, Verhaftungen und Ausweisungen wären wieder an der Tagesordnung. Die Bevölkerung wäre völlig mundtot gemacht, nur eine Gruppe von Funktionäre hätte jede Handlungsfreiheit und sogar das Recht des Waffentragens: Die Separatisten. Sie würden sich jeder Unterwerfung und Förderung bei den französischen Offizieren erfreuen, ohne daß die Pariser Regierung offiziell etwas davon wüßte.

Das waren die Zustände unter der französischen Besetzung am Rhein vor zehn Jahren, und so werden sie immer sein, wenn Frankreich ein Gebiet besetzt, das von Deutschland losgerissen werden soll. In den Archiven des Foreign Office dürfte noch der Bericht vorhanden sein, den Anfang 1924 der damalige englische Generalkonsul in München, Clive, auf Grund einer amtlichen Untersuchung in der Pfalz an seine Regierung erhalten hat.

Die darin festgestellten Terrorfälle und vor allem die offenkundige Unterstützung der landfremden Separatisten durch die französischen Militärbehörden wären für Herrn Corbin anlässlich seiner Demarche eine zeltgemäße Gedächtnisaufrischung gewesen.

Wenn französischerseits entschuldigend hervorgehoben wird, daß die Einlegung französischer Streitkräfte nur auf ausdrücklichen Anruf der Regierungskommission erfolgen könne, so ist in der Tat festzustellen, daß einige ausländische Pressestimmen auf ein verabredetes Spiel zwischen Frankreich und dem Präsidenten der Regierungskommission hindeuten. Wenn dem so ist, so bedeutet das aber keine Erleichterung der Lage, in die sich die französische Politik vor der Welt hineinmandriert hat. Dagegen fällt ein eigenartiges Licht auf die Rolle des Herrn Knox als Treuhänder. Der Völkerbundrat wird sich mit diesem Spiel hinter den Kulissen beschäftigen haben. Sei es die französische Regierung, sei es Herr Knox — weder der französischen Regierung geben die internationalen Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrag oder aus Völkerbundsbeschlüssen das Recht, das Saargebiet französischen Truppen zu überantworten.

Wie steht es mit den Ratsbeschlüssen von 1925 und 1926, auf die sich Frankreich in der neuen Verlautbarung wiederholt ausdrücklich beruft? Diese Beschlüsse gingen ihrerseits von dem Grundgedanken aus, daß es völlig unerträglich sei, ein Abstimmungsgebiet längere Zeit hindurch von den Truppen einer an dem Ergebnis der Abstimmung interessierten Macht besetzt zu lassen.

Fedhalb regelten sie die Zurückziehung der damals noch (vertragswidrig) im Saargebiet stehenden französischen Truppen. Da das linke Rheinufer in jenen Jahren noch besetzt war — es wurde nämlich erst 1930 vollständig geräumt — handelte es sich damals um die reine strategische Frage der Sicherung der durch das Saargebiet führenden Etappenlinie der Besatzungstruppen. Die Besetzung hat aufgehört und auch der sogenannte Bahnstich im Saargebiet ist dadurch hinfällig geworden und mit ihr verschwunden. Damit ist das Kapitel der Ratsbeschlüsse von 1925/26 vollständig abgeschlossen. Man hätte schon damals im Völkerbundrat eingesehen, daß eine weitere Aufrechterhaltung militärischer Maßnahmen mit den klaren Bestimmungen des Versailler Vertrages nicht in Einklang zu bringen war. Mit der allgemeinen Frage der Sicherung der Ruhe im Saargebiet hat sich der Völkerbundrat erst im Juli 1934 befaßt. Er hat beschlossen, daß in erster Linie die Abstimmungspolizei im Lande selbst zu rekrutieren sei. Wenn das nicht befriedigend gelingen sollte, könnten neutrale Polizeiorgane angeworben werden. Es bestand aber Einverständnis darüber, daß auch die Neutralen nur durch Einzelwerbung, nicht durch Ueberführung geschlossener Abteilungen, herangezogen werden könnten.

Dementsprechend war man auch völlig im klaren darüber, daß niemals deutsche oder französische Truppen für eine solche Aufgabe in Frage kommen würden.

Trotzdem wird mit unerhörter Leichtfertigkeit von der führenden Militärmacht Europas die Verwendung von Truppen außerhalb des eigenen Gebietes in die Debatte geworfen und erörtert. Wo bleibt die von Frankreich ausgearbeitete Definition des Anreizers, deren Schlußfall der Uebertritt von Truppen auf fremde Gebiete ist? Was soll aus Locarno werden, wenn das Saargebiet, ein vom Völkerbund verwalteter Teil des Reiches, zum Schauplatz einer gefährlichen militärischen Demonstration gemacht wird?

Wie werden die Saar-Katholiken stimmen?

Das „St. Galler Tagblatt“ veröffentlicht in seiner Abendausgabe vom 30. Oktober einen aus Saarbrücken datierten Aufsatz „Saarkatholiken und Volksabstimmung“, der geeignet ist, Aufsehen zu erregen. Für den Eingeweihten enthält der Aufsatz zwar wenig Neues, aber er ist als Stimmungsbarometer wichtig, weil er auf einen führenden katholischen Publizisten des Saargebietes zurückgeht und zeigt, wie sehr die Meinung der Katholiken sich von der öffentlich zur Schau getragenen Gleichschaltung unterscheidet.

Redaktion der „Deutschen Freiheit“.

Es ist von großer Bedeutung, daß seit einiger Zeit sich in den Reihen des saarländischen Katholizismus eine wachsende Kritik über die religionsfeindliche Politik des Nationalsozialismus bemerkbar macht. Die Katholiken des Saargebietes machen 73 Prozent der gesamten Bevölkerung aus. Sofern es sich bei ihnen um Berg- und Industriearbeiter handelt, sind sie in den christlichen Gewerkschaften stark organisiert und überdies in zahlreichen religiösen Verbänden eng zusammengefaßt. Bis zur Auflösung der Zentrumspartei im Jahre 1933 übten sie auf die regionale Politik maßgebenden Einfluß aus. Wenn deshalb die saarländischen Katholiken oder unter Umständen auch nur ein Teil von ihnen am Abstimmungstage sich gegen die Rückgliederung aussprechen, so ist es leicht möglich, daß Hitler an der Saar eine Niederlage erleidet.

Neulich wie in Deutschland wird auch im Saargebiet die Propaganda für die Rückgliederung ausschließlich von den Nationalsozialisten befragt. Kritik in den Reihen derer, die der großen Abstimmungspartei „Deutsche Front“ angehören, ist nicht erlaubt. Da die Mehrheit der saarländischen Katholiken der „Deutschen Front“ angehört, darf auch sie ihre wirkliche Meinung über das neue Deutschland und die Kirchenfeindlichkeit des nationalsozialistischen Staates nicht äußern, sondern sie Belästigungen ausgesetzt ist. Es ist schwer, sich unter diesen Umständen ein klares Bild von der gegenwärtigen Stimmung zu machen. Viele und angelegere katholische Saarländer bemühen sich noch um die Rückgliederungspropaganda, obwohl sie innerlich entschlossen sind, am Tage des Volksentscheides für den gegenwärtigen Zustand zu stimmen. Die „Deutsche Front“ behauptet, wir neutralen Journalisten erzählen unsere Feiern Vätern, wenn wir in unsere Blätter von seltsamen Gesandnissen der wirklichen Meinung der katholischen Saarländer berichten. Dem ist nicht so. Immer wieder erfahren wir Anfechtungen von Persönlichkeiten, an deren Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit wir nicht zweifeln können. Daß wir die Namen der betreffenden Persönlichkeiten nicht nennen können, ist nicht unsere Schuld.

Interessante Angaben machte mir kürzlich der leitende Redaktor eines katholischen Blattes des Saargebietes, das seit dem Sommer 1933 für den Nationalsozialismus Partei ergriffen hat und für die Rückgliederung Propaganda macht. Als neutraler Schweizer bin ich es zwar abgesehen, im Saargebiet hinter verschlossenen Türen überraschende Entdeckungen zu machen; die Herren dieses Blattes, der ein guter Kenner der Verhältnisse ist, brachten indessen doch zahlreiche neue Momente ans Licht.

Zentrumspartei und „Deutsche Front“

„Sehen Sie,“ so wandte sich Dr. X. zu mir, „die Lage unserer saarländischen Katholiken ist sehr kritisch. Seit im Sommer 1933 unter Führung der Nationalsozialisten die „Deutsche Front“ gegründet und im Gefolge davon die für das Saargebiet so wichtige Zentrumspartei aufgelöst worden ist, stehen wir Katholiken der Entwicklung der Dinge ziemlich machtlos gegenüber. Den schwersten Fehler, den wir begehen konnten und leider auch begangen haben, ist der, daß wir uns kampfl- und feindlich in die „Deutsche Front“ eingelassen haben und damit auf das Fortbestehen der Zentrumspartei verzichteten. Wir haben damit nicht nur jeden Einfluß auf die Durchführung des Abstimmungskampfes verloren, was schlimmer ist, unsere alten und bewährten Zentrumsführer haben allen Einfluß auf unsere Gefinnungsgenossen eingebüßt. Denn unsere Parteimitglieder waren mit den Beschlüssen der Zentrumspartei nicht einverstanden und hätten niemals ihre Einwilligung zur Auflösung der Partei gegeben, wenn man sie darüber hätte abstimmen lassen. Nicht selten wurde deshalb vom Verbot der Parteileitung gesprochen.“

Dr. X. sprach dann von den Schwierigkeiten innerhalb der „Deutschen Front“ und den Auswirkungen der religionsfeindlichen Politik Hitlers auf das Saargebiet. Auch die Nationalsozialisten des Saargebietes betrachten die katholische Kirche als Feindin und bekämpfen sie. Doch hat es sich bald gezeigt, daß das Saargebiet für religionsfeindliche Bestrebungen, gleichgültig ob sie sich gegen Katholiken oder Protestanten richten, kein günstiger Boden ist. Die „Deutsche Front“ hat dies eingesehen und sucht sich jetzt, nachdem sie am Anfang des Jahres einen der schärfsten Kirchenbeher, Alois Spaniol, von seinem Posten als Vandesleiter entfernt hat, mit der Kirche und ihren Gläubigen wieder anzunähern. Aber es wird ihr dies nicht gelingen, solange in Deutschland der Kampf gegen Glauben und Kirche weitergeht. Die Katholiken des Saargebietes sind über die Vorgänge in Deutschland enttäuscht; gewisse Kreise, besonders die christlichen Gewerkschaften, sympathisieren offen mit den Antifaschisten und haben sich erst kürzlich mit großer Mehrheit für einen Führer ausgesprochen, dessen Abweilung gegen den Nationalsozialismus überall bekannt ist. Am meisten gärt es zur Zeit in den katholischen Arbeiterkreisen, die zwar mit Politik nichts zu tun haben wollen, aber um so energischer gegen die in Deutschland übliche Unterdrückung ihrer verbündeten Organisationen protestieren.“

Rückwirkungen der deutschen Politik

„Es ist natürlich klar,“ so fuhr Dr. X. fort, „daß die Ereignisse des 30. Juni auf die gesamte Bevölkerung des Saargebietes einen sehr schmerzlichen Eindruck gemacht haben. Die Katholiken waren insbesondere aufgebracht über den Mord an Ministerialdirektor Dr. Klönner, der hier sehr bekannt und beliebt war. Aber noch schlimmer waren die Rückwirkungen des Attentats auf Bundeskanzler Dr. Dollfuß. Dieser Anschlag hat unter den saarländischen Katholiken eine

einstimmige Welle der Entrüstung hervorgerufen. Vom ersten Augenblick an, noch lange bevor dafür fahrbare Beweise vorhanden waren, war man hier überzeugt, daß diese rußlose Tat das Wert der Nationalsozialisten sei und die deutsche Reichsregierung dafür die volle moralische Verantwortung trage. Die Rückwirkung dieses Ereignisses auf die Stimmung der katholischen Saarbevölkerung war verheerend und niederstimmend.“

Einfluß auf das Resultat der Volksabstimmung

Auf meine Zwischenfrage, wie sich die Dinge wohl auf das Resultat der Volksabstimmung auswirken werden, äußerte sich Dr. X. in folgender Weise, wobei er mich darauf aufmerksam machte, daß er die Verhältnisse bestimmt unter einem für Deutschland günstigen Gesichtswinkel betrachtete. „Die meisten Saarländer fühlen sich als Deutsche und wollen Deutsche bleiben. An dieser Tatsache ist wohl nichts zu ändern. Die meisten saarländischen Katholiken wollen nicht mit den Antifaschisten zu tun haben, denn sie sind sich bewußt, daß Sozialisten und Kommunisten im Grunde genommen ebenso religionsfeindlich gesinnt sind wie die Nationalsozialisten und kaum berechtigt sind, sich gegenwärtig in ihrer Propaganda als die Verteidiger des Glaubens aufzuspielen. Aber die katholische Saarbevölkerung beginnt sich doch ernsthaft zu fragen, ob sie nicht, der Stimme ihres religiösen Gewissens gehorchend, ihre Beurteilung der nationalsozialistischen Kirchenfeindlichkeit durch Befürwortung des gegenwärtigen Zustandes bezogen müsse. Zur Zeit ist es wohl ein Großteil der saarländischen Katholiken über die definitive Stellungnahme noch unsicher. Auf jeden Fall wagen nur wenige ihrer wirklichen Gefinnung Ausdruck zu geben. Und doch gibt es zahlreiche Anzeichen, die auf einen unzweideutigen Stimmungsumschwung in dem für Deutschland ungünstigen Sinne hindeuten.“

Die augenblickliche Lage ist ungefähr so: Auf der einen Seite der beiden Fronten des Abstimmungskampfes steht eine kleine Gruppe fanatischer Anhänger des Nationalsozialismus, der die Rückgliederung an Deutschland unter allen Umständen durchzuführen will. Wirtschaftliche oder moralische Erwägungen spielen für sie keine Rolle; sie wollen nichts anderes als die Rückgliederung und erhoffen davon wohl auch namhafte persönliche Vorteile. Ihre Zahl ist aber verhältnismäßig klein; sie machen höchstens 10 bis 20 Prozent aller Abstimmungsberechtigten aus. Auf der andern Seite steht eine Gruppe von ebenso fanatischen Antifaschisten, die wissen, daß die Rückgliederung des Saargebietes für sie Verfolgung und Konzentrationslager bedeutet. Seit dem 2. August in Sulzbach zum erstenmal eine große Kundgebung veranstaltet haben, kann man nicht mehr daran zweifeln, daß sie zahlenmäßig mindestens so stark sind wie die fanatischen Nationalsozialisten der Gegenseite. Diese beiden Gruppen haben ihre Stellung bezogen und werden ihre Haltung nicht verändern. Die große Masse der Saarbevölkerung, insbesondere die Katholiken, hat sich noch nicht entschieden, weder für die Rückgliederung an Deutschland noch für die Beibehaltung des jetzigen Zustandes. Es hängt noch vollkommen von der weiteren Entwicklung der politischen und hauptsächlich der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland ab, wie diese Leute am 13. Januar stimmen werden. Soweit ich jetzt allerdings fest schon sicher, der katholische Klerus des Saargebietes und mit ihm alle diejenigen, die in Hitler und den Nationalsozialisten die ausgesprochenen Feinde der Religion und der Kultur sehen, werden gegen Deutschland, das heißt für den gegenwärtigen Zustand stimmen.“

Bis zuletzt noch Überraschungen möglich

„Von entscheidender Bedeutung,“ so fügte Dr. X. seiner Situationsbeschreibung bei, „wird es allerdings sein, ob die Katholiken sich in letzter Stunde unabhängig von den Antifaschisten, zu einem kraftvollen Propagandabefehl gegen die Rückgliederung aufstellen können. Die „Deutsche Front“ tut alles, um diesen Gegenstand zu verunmöglichen. Aber in die unüberwindliche Mauer, die sie glaubt, aufgerichtet zu haben, sind schon viele Fesseln geschlagen. So befragen die Katholiken seit einigen Monaten eine unabhängige Zeitung, die „Neue Saar-Post“, die die Religionsfeindlichkeit des Dritten Reiches aufs schärfste brandmarkt und deshalb von allen ernsthaften Katholiken und ihren Gesinnungsgenossen mit großer Genugtuung gelesen wird. Aber es fehlen diesem Blatte und der ganzen katholischen Rückgliederungsfeindlichen Bewegung die notwendigen Mittel und führenden Köpfe; es

Kann Hitler an der Saar geschlagen werden?

Diese Frage löst die „Deutsche Front“ am 31. Oktober aufwerfen und kommt zu dem schönen Ergebnis:

„Das Saargebiet mag abstimmen, wie es will, für die innenpolitische Situation in Deutschland wird das gar nichts, auch nicht das Geringste ausmachen. Die Macht des Führers Adolf Hitler ruht so unverwundbar im Vertrauen des ganzen Volkes, daß für ihn und seine Stellung der Ausgang der Saarabstimmung völlig belanglos ist. Darüber muß sich jeder Saatarbeiter klar sein.“

Im Leitartikel derselben Ausgabe aber wird die „Newport Times“ zitiert, die über die Saarabstimmung folgende Bemerkung macht:

„Die besten Kenner der Verhältnisse im Saargebiet sind sich darin einig, daß die Mehrheit im nächsten Januar sich für einen Anschluß an Deutschland entscheiden wird. Das Saargebiet in seiner Gesamtheit betrachtet, wird mit 60 bis 70 Prozent für Deutschland stimmen. Infolge der aktiven Propaganda der Nationalsozialisten wird sich die Stimmzahl vielleicht noch erhöhen. Sie mag vielleicht 75 Prozent erreichen.“

So weit ist die Siegeszuversicht der „Deutschen Front“ also schon zusammengefallen, daß sie es als Trost empfindet, wenn ein saarländischer Journalist den Status quo mit 25 bis 40 Prozent der Stimmen zuschreibt.

Nehmen wir einmal an, der Amerikaner behielte recht, obwohl er nicht gerade zugunsten des Status quo gerechnet

Wir und der tapfere Kaplan

„Man muß Gott mehr gehorchen, denn den Menschen“

Wir haben am Montag Auszüge einer Predigt des Diözesansekretärs Kaplan Müller in Saarbrücken veröffentlicht, die dieser am Christkönigsfest vor der katholischen Jugend gehalten hat. Die Rede war eine einzige Kampfansage an den Autoritäts-, Rassen- und Blutwahn des „Führers“.

Eine geistliche Erklärung gegen uns in der früher katholischen, jetzt hitlerischen „Landeszeitung“ (Nummer 292) kann zwar nicht die Richtigkeit auch nur eines einzigen der von uns zitierten Zitate betreffen, rügt aber, daß wir nicht die ganze Predigt abgedruckt haben. Wir hatten rücksichtsvoll wie wir sind, geglaubt, daß sei dem Herrn Kaplan vielleicht peinlich, aber wir versprechen ihm: wenn er noch einmal so mutig und glaubensstark gegen den rohen Materialismus des Hitlerkultus predigt und uns unsere jungen katholischen Freunde wieder einladen, soll die ganze Predigt wortgetreu in der „Deutschen Freiheit“ stehen.

Sind Sie nun zufrieden, Herr Kaplan? So grobe Worte, wie „untergeschlagen“ sollte man nicht anwenden, wenn man so höflich behandelt wird wie Sie durch uns, Hochwürdiger Herr Diözesansekretär!

Die geistliche Zusage erklärt: „Die Predigt behandelte vom rein religiösen Standpunkt, ohne die Politik hineinzuziehen, die Fragen des Rechtes und der Sittlichkeit, der Autorität und der Freiheit in ihren Beziehungen zu Gott, der Quelle des Rechtes und der Autorität.“

Das ist Wort für Wort richtig. Gerade weil die Predigt rein religiös war, hat sie uns so gut gefallen. Nur weil wir Religion erwarteten, gingen wir in die Kirche! Wenn wir Politik hören wollen, gehen wir in die Versammlungen von Max Braun und Fritz Florb.

Ja; weil die Predigt rein religiös war, weil sie die „altbekannten Glaubenswahrheiten“ enthielt, wie St. Paulus sie vortrug und die Kirche sie stets lehrte, gerade darum war sie eine lobende Kampfansage gegen Hitler, denn dessen Rosenberg beschimpft doch den hl. Paulus als einen jüdischen Strolch und nihilistischen Weltrevolutionär! Das wissen Sie wohl, Herr Kaplan? Wenn nicht, können Sie den „Reichsbote“ des 20. Jahrhunderts“ aus jeder Lehrbücherei des „Dritten Reichs“ entleihen. Mit Hitlers Autorität wird dort Rosenbergs Buch auch den katholischen Lehrern aufgezwungen.

Es wird Sie doch Ihre mutige Predigt nicht etwa nachträglich reuen, Herr Kaplan? Das wollen wir nicht hoffen. Wir trauen Ihnen zu, daß Sie mit uns das ewige Nebenwort in der Apostelgeschichte lieben: „Man muß Gott mehr gehorchen, denn den Menschen!“

fehlt den Katholiken eine große Führerpersönlichkeit, die befähigt ist, die Massen der gläubigen Saarländer zum Sieg des gegenwärtigen Zustandes zu führen. Noch ist es nicht zu spät; im Gegenteil, wir rechnen mit dem entscheidenden Vorstoß der Katholiken erst auf die allerletzten Wochen vor dem Abstimmungstage. Es genügt, daß der katholische Führer drei, vier Wochen vor dem Volksentscheid vor die Öffentlichkeit tritt in Saarbrücken einmal einen der großen Versammlungsorte mit Menschen füllt, die Gläubigen energisch an ihre Gewissenspflicht erinnert und sie für den Kampf um die Erhaltung der Religion und des Glaubens begeistern. Sobald einmal der Hauch geblasen ist und die Katholiken wissen, daß Tausende von Gesinnungsgenossen mit ihnen gegen die Religionsverfolgungen protestieren werden, so ist am Sieg des gegenwärtigen Zustandes nicht mehr zu zweifeln. Aber eine solche Aktion erfordert einen wirklichen Führer des katholischen Volkes. Vielen Führer sehen wir leider noch nicht, sonst hätten wir uns ihm schon alle angeschlossen und mit Taten bewiesen, wie wir im Grunde unserer Seele fühlen und denken.“

So sprach der Redaktor eines katholischen Blattes. Jedem eifrig Rückgliederungspropaganda betreibt, ein Mann, der, wie wir nachträglich wiederholt bestätigt wurde, die Saarbevölkerung und insbesondere die saarländischen Katholiken vorzüglich kennt. Nach dieser Darstellung kann man gespannt sein, ob sich diese Vorhersage in der nächsten Zukunft bestätigen werden!

haben dürfte, denn sonst hätte ihn die „Deutsche Front“ nicht lobend erwähnt. Was würden aber auch nur 25 bis 40 Prozent der Stimmen für den Status quo an der Saar für das Reich und die Welt bedeuten?

Es wäre der Propagandachwandel entlarvt, daß „das ganze Volk“ hinter Hitler steht. Die berühmten Volksabstimmungen mit ihren 90 v. H. für Hitler würden auch dem Dummsten und Einfältigsten als Volksbeitrag aufgezeigt sein. Die Opposition im Reich und alle politische Interessierten in der Welt würden (und werden übrigens) aus der Saarabstimmung erkennen, daß die Opposition gegen die Hitlerdiktatur wächst und wächst und im Saargebiet sich laminenartig offenbart, obwohl gerade in diesem Gebiet die Hitleristen die Gemüter durch die irreführende Parole „Für und wider Deutschland“ verwirren können.

Eine Niederlage Hitlers an der Saar wird diesen Verderber Deutschlands als ein nationales Unglück, als ein Hindernis für jede nationale Gemeinschaft der Deutschen erweisen und als den Träger eines bankrotten Systems, das von der Mehrheit des deutschen Volkes abgelehnt wird.

Das würde der Anfang vom Ende sein. Hitler und die zahllosen an seiner Staatsführung materialisierten Interessierten Jungen wissen es. Daher der verzweifelte Kampf gegen uns, und daher unser zähe Wille, von der Saar her die braune Schlammfront zu erledigen.

Wir wollen es und wir werden es erreichen!

Todesstrafe für Landesverrat

„Den Kopf verwirkt“

Berlin, 2. Nov. Die Justizpressestelle Berlin teilt mit:

Vor dem 2. Senat des Volksgerichtshofes haben sich in letzter Zeit wiederholt Angeklagte zu verantworten gehabt, denen Landesverrat zugunsten auswärtiger Mächte zur Last gelegt war. Da es sich bei landesverräterischen Straftaten um die schwersten und verabscheuenswürdigsten Straftaten gegen den Bestand des Staates und das Gesamtleben der Nation handelt, sind in allen diesen Fällen vom Volksgerichtshof harte Strafen verhängt worden. Mehrere Angeklagte sind zum Tode verurteilt, in anderen Fällen sind Zuchthausstrafen bis zu 15 Jahren verhängt worden. Nur in zwei besonders milde gelagerten Fällen sind Angeklagte mit Gefängnisstrafen davon gekommen.

Erworbener ist aber, daß alle diese Urteile noch unter Anwendung der alten Gesetzesvorschriften ergangen sind, da sämtliche bisher vor dem Volksgerichtshof zur Aburteilung gelangten Straftaten des Landesverrats vor dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Änderung von Vorschriften des Strafrechts und des Strafverfahrens vom 24. April 1934 ergangen sind. Dieses Gesetz steht bekanntlich bei Landesverrat grundsätzlich nur die Todesstrafe vor. Es ist seit dem 2. Mai 1934 in Geltung. Seit dieser Zeit wird sich daher jeder Deutsche, der sein Vaterland verrät und sich damit außerhalb der Volksgemeinschaft stellt, dessen bewußt sein müssen, daß er in dieser Volksgemeinschaft nicht weiter geduldet werden kann und durch seine Tat seinen Kopf verwirkt hat. Nur in solchen schonungslos vorgehenden neuen Landesverratsverbrechen, die nationalsozialistischer Rechtsauffassung und dem gesunden Volksempfinden entsprechen.

Landesverrat ist nach der Meinung des herrschenden Konzenklingels jede Außenpolitik, die von der des Nationalsozialismus abweicht. Die Blutgerichte, die reine nationalsozialistische Parteigerichte sind, können jeden gefährlichen Gegner köpfen lassen.

Die „Negers'auer“

Überall 500 bis 600 v. H. Zuschlag

Die verächtliche Bürgersteuer, gegen die sich im „Saiten“ eine scharfe Agitation gerichtet hat, bleibt überall zu höchsten Sätzen in Kraft. So wird gemeldet, daß sie in Bonn 600 v. H. des Reichtums betrage, in Köln 600 v. H., in Aachen 500 v. H., in M. Gladbach 600 v. H., in Bochum 500 v. H.

Nazis für Status quo

Einstweilen nur in Danzig

Wir haben das geradezu leidenschaftliche Eintreten der Nazis für den Völkerbund-Status-quo in Danzig schon behandelt. In der „Neuen Zürcher Zeitung“ (Nr. 1946) lesen wir nun:

Im Zusammenhang der deutsch-polnischen Annäherung, die in diesen Tagen durch die Erhebung der beiderseitigen Gesandtschaften in Berlin und Warschau zum Range von Botschaften wieder betont wurde, spielt die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Polen und der freien Stadt Danzig eine große Rolle. Die „Kölnische Zeitung“ weist nun auf eine Sondernummer des zum Heereslager gebörenden polnischen Blattes „Przeglad Polski“ hin, die diesem Verhältnis gewidmet ist und wegen ihrer politischen Tendenz nach der Meinung des rheinischen Organes größte Beachtung verdient. Das Charakteristische an dieser Tendenz ist die Tatsache, daß aus der wirtschaftlichen Verständigung zwischen Danzig und Polen politische Schlussfolgerungen im Sinne der polnischen Wünsche gezogen werden. Minister Pappe, der diplomatische Vertreter Polens in Danzig, hat für die Sondernummer des „Przeglad Polski“ ein Geleitwort geschrieben, in dem er erklärt, Danzig wolle hinein in den polnischen Wirtschaftsorganismus und gleichzeitig habe die polnische Minderheit in der freien Stadt ihr eigenes Statut erhalten, das ihr Recht sichere. Das Dineinwachsen Danzigs in das polnische Wirtschaftsgebiet wird auch sonst stark betont und damit begründet, daß die freie Stadt vor allem durch Ökonomie vor die Alternative gestellt worden sei, zugrunde zu gehen oder sich einzufügen; heute befreite niemand mehr, daß sie bereits ein integrierender Bestandteil des polnischen Wirtschaftsorganismus sei, und zur Befähigung dieser Behauptung beruft sich der „Przeglad Polski“ auf Erklärungen des Danziger Gauleiters Forster, wonach die Nationalsozialistische Partei in Danzig niemals eine Revision des Danziger Statuts erstrebt habe und auch in Zukunft nicht beabsichtige. Das bedeutet die Anerkennung der Abtrennung der freien Stadt vom Deutschen Reich durch die Nationalsozialisten von Danzig und während gewisse polnische Stimmen über die Grundhaltigkeit dieses Verstandes auf Revisionserwartungen noch Zweifel ausdrücken, bemüht sich der „Przeglad Polski“ offensichtlich, die Erklärung Forsters als glaubwürdig und endgültig darzustellen und auf Grund dieser „vollendeten Tatsache“ auch gleich eine Reihe von politischen Forderungen anzumelden.

Bürgermeister Selz

Vor einigen Tagen meldete eine Prager Zeitung, daß der Wiener Bürgermeister Selz freigelassen worden sei. Wir haben die Richtigkeit dieser Meldung bezweifelt. Tatsächlich ist Selz noch immer inhaft. Aber der österreichische Goebbels, der Oberst Adam, verbreitet das Märchen. Selz habe keine Ursache zu klagern, denn er beziehe eine hohe Pension.

Selz kam vor einigen Wochen in ein Sanatorium. Nur die Unterbringung kostete er 141 Schilling täglich zuzüglich. Gleich bei der Einlieferung in das Sanatorium habe er 3000 Schilling zu erlegen. Davon waren nur 30 Schilling für ihn selbst; der Rest ging zur Bezahlung der sechs Detektive auf, die ihn in drei Nächten bewachten.

Nunmehr wurden die Kosten, da Selz nicht mehr bezahlen konnte, auf 54 Schilling täglich herabgesetzt und die österreichische Regierung verbreitete die Nachricht, man habe Selz die Bezahlung der Kosten überhaupt erlassen. Aber Selz muß noch heute für die Unterbringung im Sanatorium 300 Schilling im Monat mehr bezahlen, als seine und seiner Frau Pension ausmacht. Da Selz, entgegen den Behauptungen der Gegner, ein armer Mann ist, wird er nicht mehr lange im Sanatorium bleiben können, obwohl die Ärzte eine Verschlimmerung seines Zustandes befürchten. Nur den Unterhalt seiner Frau und des Posthilfswesens bleibt von der Pension als nicht einbezogen. Das war der Grund für Selzens Bitte, wieder in das Gefängnis überführt zu werden.

Selzverhandlung denkt die Regierung zwar nicht mehr daran, Selz den Prozeß zu machen; aber sie kann ihn langsam zu Tode.

Die „Weisen von Zion“

Vernichtende Aussagen — Das Gutachten Professor Baumgartens

Der letzte Zeuge ist Dr. Alfred Zander. Er bekennt sich als Antisemit und war bis im Juli Mitglied der Nationalen Front. Er bezeugt, daß er am 9. Juni 1933 im „Eisernen Bienen“ unter dem Titel „Und trotzdem echt“ die Wichtigkeit der Protokolle der Weisen von Zion behauptet habe, so daß also der junge Silvio Schuller als Mitglied der Nationalen Front im besten Glauben handeln konnte.

Prof. Matti, der Verteidiger des Israelitischen Gemeindebundes, fragt den Zeugen nach seiner wissenschaftlichen Qualifikation. Zander antwortet, er habe eine Dissertation über Petalot in Herdon geschrieben. Er glaube an die Wichtigkeit der Protokolle, genau wie an die der Evangelien (1), und wenn man ihm hundertmal das Gegenteil bewies, so habe er sich nicht ändern lassen. Er habe die Protokolle gekannt, und das habe er annehmen müssen, daß sie echt seien.

Der junge Max Bodenheimer ist ein zionistischer Politiker und Rechtsanwalt aus Köln und lebt in Amsterdam tätig. Bodenheimer war ein Mitarbeiter Herzls und erlebte mit ihm den 1. Zionistischen Kongress. Er blättert in den Protokollen dieses Kongresses und bekräftigt ihre Wichtigkeit. Als Mitglied des zionistischen Aktionskomitees verhört er, daß andere Protokolle vom Basler Kongress als diese hier nicht existieren. Vor dem Kongress fand in

der Hauptstadt eine organisatorische Sitzung statt. Von irgendeinem Plan, der sich nicht mit den Arbeiten des Kongresses decken hätte, kann keine Rede sein. Der Kongress war alles andere als eine Vereinigung der gesamten Judentum, da ja die Gegner des Zionismus innerhalb des Judentums in der Mehrzahl waren.

Dr. zur Welt gibt weitere Auskunft über den Freimaurerkongress, dem er als Mitglied der Berner Loge seit 15 Jahren angehört. Wichtig ist seine Versicherung, daß er nie etwas von einer Zusammenarbeit der Freimaurerei mit jüdischen Vereinigungen bemerkt hat.

Ein alter Basler Typograph, Franz Sieber, hat als Stenograph am ersten Zionistischen Kongress teilgenommen. Die Protokolle der Weisen von Zion kennt der Basler Zeuge nur aus der „National-Zeitung“, hält aber den Inhalt für unvereinbar mit den Arbeiten des Kongresses.

Genau gleich zeugt auch ein weiterer Basler Stenograph, Dr. Dietrich.

Dr. Otto Joller, damals Redakteur der „Basler Nachrichten“, wohnt als Journalist dem Kongress bei. Er sagt aus, daß 24 geheime Signaturen, von denen die Protokolle der Weisen stammten, niemals hätten stattfinden können. Die fixen Basler Reporter hätten das sicherlich ausfindig gemacht. Ueberhaupt herrschte damals in Basel keine Verschwörung, sondern eitel Jubel und Begeisterung!

Fälschung — Plagiat — Schundliteratur

Das Gutachten von Prof. Baumgarten umfaßt 120 Kolonnen. Die angeblichen Enthüllungen, die uns in diesem Laborat gemacht werden, sind ein Märchen. So schreibt Prof. Baumgarten, nach der Inhaltsangabe der Protokolle. „Das läßt sich mit dem Grade von Bestimmtheit sagen, über den eine gerichtliche Feststellung kaum je hinausgehen kann, und auch nicht hinauszufragen braucht. Wenn der Unbekannte, der aus den Protokollen zu uns spricht, die Wahrheit sagte, dann hätte die bisherige Diktorie von Weltgeschichte geradezu wie der Blinde von der Farbe. Sie berichtet uns von mancherlei Geheimverbindungen und ihrem Einfluß auf den Lauf der Dinge, aber von der Geheimverbindung, die nach den Protokollen das eigentliche zentrale Zentrum der gesamten modernen Geschichte bilden würde, schweigt sie... Wenn die Geheimregierung der Protokolle wirklich existierte, müßte die gesamte moderne Geschichte umgeschrieben werden. Nun sind die Protokolle seit etwa 15 Jahren urbi et orbi bekannt geworden, und kein Historiker von Rang hat von ihnen Notiz genommen. Das kann nur darauf liegen, daß die Geschichtswissenschaft die Erzählung der Protokolle für eine offensichtliche Fabel hält, und wenn wir der Wissenschaft nur überhaupt etwas glauben wollen, werden wir uns diesem Urteil anschließen haben.“

Weiter unten kommt das Gutachten zum Schluß, „daß die Protokolle von vornherein als historische Fälschung konzipiert wurden, daß sie die Erfindung der jüdischen Geheimregierung mit sämtlichen schauerlichen Programmen vorläufigen sollten, um Juden, Freimaurer, Liberale und Sozialisten in Miskredit zu bringen und einer reaktionären Politik Vorschub zu leisten.“

Das die Fälscher die Entdeckung der Protokolle nach Basel an den Zionistenkongress verlegt haben, geläufig nur, um in Russland die ganze Verwirrung konkreter erscheinen zu lassen. In Wirklichkeit wären Ort und Anlaß zu einer solchen Verwirrung denkbar ungeeignet gewesen.

Der Antisemitismus würde nicht eine geschichtliche Erscheinung von solchem Ausmaß geworden sein, wie es tatsächlich der Fall ist, wenn er auf nichts anderem beruhte, als auf Verhättnislosigkeit und Vorurteil gegenüber einer fremden Rasse und auf niederem Konkurrenzneid. Andererseits würden, wenn es nicht einen weitverbreiteten und tiefgewurzelten Antisemitismus gäbe, die Protokolle niemals ihre große Karriere gemacht haben, würde nicht eine so erhebliche Zahl von Menschen in den Protokollen das getreue Spiegelbild jüdischen Geistes zu finden glauben.

Die Frage des Gerichts, ob die Protokolle eine Fälschung seien, beantwortet das Gutachten mit „Ja“, die Protokolle der Weisen von Zion sind nach allem, was wir angeführt haben, zweifellos eine Fälschung.

auch ein Plagiat,

denn sie sind zu erheblichem Teil fast wörtlich abgeschrieben aus dem Buche „Dialogues aux enfers“... Als Quelle dienten ihnen außer der Schrift von Joly wahrscheinlich die häufigste gegen Freimaurerei und das Judentum gerichtete Literatur der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Wahrscheinlich liegt den Protokollen eine Schrift zugrunde, die General Draewski in den vier Jahren anfertigte, um Kaiser Alexander II. zu überzeugen, daß die Ermordung seines Vaters nicht auf die Unzufriedenheit weiterer Volkstrennung mit der Miswirtschaft des zaristischen Beamtenums, sondern auf die Mordanschläge einer großen jüdischen Geheimverbindung zurückzuführen sei. Aber solche Form erhielten die Protokolle wahrscheinlich in der zweiten Hälfte der vier Jahre. An der Redaktion waren beteiligt der Gelehrte der russischen Geheimpolizei in Paris, Natschkow und seine Agenten Mannilow und Golowinski. Die Protokolle zirkulierten schon Ende der vier Jahre ein russisches Regierungskreis. 1901 ließ Natschkow ein französisches Exemplar davon an General Nikus gelangen. Dieser, ein hochkonservativer, orthodoxer, religiöser Schriftsteller, sollte am Hof Einfluß gewinnen und den französischen Günstling

Nikolaus 2. Philippe verdrängen. Die Intrige mißlang und Nikus konnte die Protokolle erst 1905 veröffentlichen. Schon 1908 waren sie aber in der russischen Zeitung „Znamia“ erschienen. Ferner veröffentlichte sie 1908 G. W. Butmi unter dem Titel „Die Feinde des Menschengeblechts“. Alle in Mitteleuropa zirkulierenden Ausgaben rufen auf diesen beiden Autoren. Auf die Frage nach den Beziehungen zum

Basler Zionistenkongress 1897

antwortet das Gutachten: Die Protokolle stehen zu diesem Kongress nur insofern in Beziehung, als die Verfasser ihrer Echtheit, um die jüdische Geheimverbindung mit einer anderen historischen Erscheinung zu verknüpfen, die Behauptung aufstellten, die in den Protokollen erwähnten Ziwangen seien 1897 während des Zionistenkongresses in Basel abgehalten worden. Tatsächlich besteht nicht der geringste Anhaltspunkt dafür, daß die Kongressisten oder ein Teil von ihnen irgendwelche andere Ziwangen abgehalten hätten als die bekannten öffentlichen. In diesen hat man sich mit nichts anderem beschäftigt als mit den unter dem Namen Zionismus bekannten Bestrebungen, die etwas gänzlich anderes sind, als die Mordanschläge und Pläne, auf die sich die Protokolle beziehen, so zu den letzteren geradezu in schärfem Widerspruch stehen. Fallen die Protokolle in literarischer Hinsicht

unter den Begriff „Schundliteratur“?

„Wer die Wirkung, die die Protokolle ausgeübt haben, nicht kennt“, führt Prof. Baumgarten fort, „der mag über sie lächeln als eine ohne weiteres für jedermann durchschaubare Fälschung. Wer sie aber in dem Gedanken, daß sie möglicherweise echt und wahr sein könnten, herausgibt, der muß sie als ein bedeutungsvolles historisches Dokument in objektiver kritischer Weise und mit Verantwortungsgewissen behandeln. Kritik hat in seiner Protokollbrochure das wahre Gegenteil getan. Ich muß nach alledem seine Protokollbrochure als einen Beitrag zur Schundliteratur bezeichnen.“

Der unauffindbare Münchmeyer

In unserer Nummer vom 4. August d. J. wiesen wir unter der Stichmarke „Wo ist Herr Münchmeyer?“ darauf hin, daß der „Reichsbekauer des Dritten Reichs“ seit Jahr und Tag lang- und klanglos verschwunden ist, während doch eigentlich im evangelischen Kirchenkreis sein Platz gewesen wäre. An dieses Verschwinden Münchmeyers ist jetzt in dem großen Prozeß erinnert worden, der in der schweizerischen Bundeshauptstadt Bern verhandelt wird, bei dem es um die Echtheit der verhängigen „Protokolle der Weisen von Zion“ geht. Das Gericht hat den Klägern wie den Angeklagten die Stellung eines Experten über die Echtheit der Protokolle aufgegeben: In dem Bericht der „Neuen Zürcher Zeitung“ vom 2. Oktober d. J. (Abendblatt) über den Prozeß heißt es darüber:

„Die Angeklagten griffen auf den in früheren Jahren als Vorkämpfer des Antisemitismus bekannten deutschen Vektor Münchmeyer in Eidenburg, den jedoch die deutsche Reichspost nicht aufzufinden vermochte.“

Also auch für die deutsche Reichspost ist Herr Münchmeyer unauffindbar. Das läßt darauf schließen, daß der streitbare Judenreifer entweder in dem von ihm so heiß ersehnten „Dritten Reich“ von seinen nationalsozialistischen Freunden abgelöst worden ist, oder daß er sich vor Jahren in die Emigration geflüchtet hat. Im Sommer 1933 will ihn jemand, der ihn aus dem Reichstage persönlich kennt, in Zürich gesehen haben, wo er den Gottesreiter für einen Naziführer hielt. Vielleicht war er damals schon aus dem Reich verbannt.

Diners für Ausländer

Höchstleistung der Kochkunst

Der „Westdeutsche Beobachter“ in Köln berichtet:

... daß auf dem Internationalen Hotelierkongress in Berlin, der bekanntlich in den ersten Tagen dieses Monats stattfand, für die ausländischen Gäste Diners zusammengestellt wurden, die Höchstleistungen heutiger Kochkunst darstellten:

So gab es z. B. am Freitag, dem 3. Oktober, mittags: Matjesheringe in Weißwein, Steinbuttersalat mit jungen Gemüsen, Zandersalat rumänisch, Nürnberger Ochsenmaifalat, Vorjägerer Holsteiner Ratenküchen, Erbse mit Schweinsbraten, Gänsefleisch, Berliner Art, Butterreis, Annaer Asan mit Speck in Weinlaub gebraten, Weinkraut — Schweinskartoffeln, Pöselrinderbrust kalt — Meerrettich, Haselnusscreme — Banquetanke.

Vermutlich werden die ausländischen Hoteliers nun beim erzählen, so lebt man im „Dritten Reich“.

Der Arterparagraf

in der „Deutschen Arbeitsfront“

Die „Deutsche Arbeitsfront“ hat kürzlich Richtlinien über die Mitgliedschaft herausgegeben. Wenn diese Richtlinien mit den arbeiterlichen Ausführungsbestimmungen der italienischen Gesetzgebung verglichen werden, so erscheint die DAF in ihren Aufnahmebestimmungen sehr liberal, während die italienische Verordnung sehr anspruchsvoll ist, gewährt sie doch die Mitgliedschaft nur Leuten, die sich über „eine gute moralische und politische Lebensführung in nationalem Sinne“ ausweisen können. Politische oder sonstige Moral beansprucht man in den Richtlinien der DAF vorfischschäler nicht, hingegen muß man eine Bedingung unbedingt erfüllen: man hat 100prozentig arisch zu sein. Es heißt nämlich in den Richtlinien kurz und bündig: „Alle reichsdeutschen und ausländischen schaffenden, nicht dauernd erwerbsfähigen Volksgenossen können die Einzelmitgliedschaft erwerben, soweit sie rein arischer Abstammung sind.“ Was heißt „rein arisch“? Gibt es auch unreine Arier, wie z. B. Goebbels und Hitler?hängt die Reinheit bei der Ur-Großmutter oder bei Adam und Eva an?

Das Ende des deutschen Kritikers

Er hat Propagandist des Staates zu sein

Generationen junger Literaturhistoriker haben an deutschen Universitäten die Elemente der Dramaturgie des Aristoteles studiert. Schwebend zwischen Mitleid und Furcht: dann überprüfte der spätere Rezensent die Wirkung des dramatischen Kunstwerkes. Jeder deutsche Kritiker hielt es früher, lange vor den verbrecherischen vierzehn Jahren, für seine Pflicht, nach künstlerischem Maßstab zu wägen und zu beurteilen. Er lobte das Gute, er verwarf das Schlechte. Er geißelte den Kitsch, und er gab, wenn er mitgerissen war von dichterischer Kraft, in Ausübung einer hohen Mission seine Eindrücke an die Leser seiner Zeitung weiter. Es gab, wie überall, auch unter den Kritikern nicht wenige Stümper. Aber die Verantwortlichen unter ihnen hegten die Verpflichtung gegenüber der geistigen Leistung.

Damit ist es im „dritten Reich“ zu Ende. Kunst und Wissenschaft, Drama und Buch haben dem Staate zu dienen. Der Kritiker hat nicht zu kritisieren, sondern zu „werben“. Wir wußten es längst. Aber da die braunen Amtswalter die Wahrheit gern hinter Heuchelworten verstecken, so muß man für das offene Bekenntnis zur Dienstleistung des Kunst- und Theaterkritikers dankbar sein:

Vor der Fachgruppe „Kritik und Feuilleton“ des Landesverbandes Groß-Hamburg-Lübeck im Reichsverband der Deutschen Presse sprach Staatssekretär Ahrens über „Möglichkeiten und Grenzen der Kunst- und Theaterkritik“. Man müsse sich freimachen von der Auffassung, es gebe gültige Normen, nach denen man die Grenzen der Kritik abstecken könne. Schöpfer der Theaterkritik sei Lessing. Bei der im 19. Jahrhundert entstandenen Tageszeitungskritik habe es sich mehr um Besprechungen, nicht aber um Kritik gehandelt. Die Fürsten als Besieger der Theater hätten es sich verbeten, wenn man ihren Unternehmungen mit kritischen Maßstäben zu nahe getreten wäre. Nach 1848 mit dem Aufwachen liberalistischer Anschauungen sei das anders geworden. In der Politik und Wirtschaft und auch im lokalen Teil hätten die Schriftleitungen wegen verschiedener Bindungen unter gewisser Kontrolle gestanden. Das sei im kunst- und kulturpolitischen Teil anders gewesen. Hier habe Freizügigkeit geherrscht, wenn nicht polizeiliches Interesse dagegengestanden habe. Der Kunstkritiker sei dem Publikum gegenüber letzte Instanz gewesen, sein subjektives Urteil habe über Kunstinstitute,

Kunstwerke und Künstlerlaufbahnen entschieden. Die Zahl der Urteilsfähigen sei immer gering gewesen. So sei die Entfremdung zwischen Künstler, Publikum und Kritiker eingetreten.

Nach der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus habe der Staat zunächst andere Aufgaben gehabt und könne sich erst jetzt den Fragen der Kunstkritik zuwenden. Kunst und Kultur seien nichts Nebensächliches, sondern Grundlagen des völkischen Lebens überhaupt. Der Staat müsse die Kunst zu leiten suchen, das bedeute keineswegs Fesselung der Kunst. Alles stehe erst am Anfang. Noch seien nicht allzu viele in der Lage, ein Kunstwerk zu beurteilen — volle Urteilsfähigkeit indessen bestehe darüber, ob ein Kunstwerk imstande sei, die neue Staatsauffassung zu interpretieren. Überall seien Ansätze festzustellen, die es dem Staat möglich machen würden, in einigen Jahren eine Kulturpolitik zu treiben, die alle Auswüchse der Kritik unmöglich machen werde. Bis dahin brauche man noch die Kritik in ihrer heutigen Form. Die Erfassung und Durchdringung des Volkes mit Kunst sei heute noch nicht anders möglich als mittels der Tageszeitungskritik. Der Kritiker habe Propagandist des Staates zu sein, er müsse das Volk der Kunst und die Kunst dem Volke nahebringen. Die Kritik müsse zurücktreten zugunsten der Werbung für die Kunst, alles andere gehöre in Fachzeitschriften. Die Grenze der Kunstkritik sei dort, wo die Sphäre des Staates oder der den Staat tragenden Bewegung beginne. Ueber Wert und Unwert eines Kunstwerks entscheiden nicht „Sachverständige“, sondern das Volk in seiner Gesamtheit, die Zeit und die Nachwelt.

Man wird zugeben müssen, daß dieser Staatssekretär Ahrens mit schöner Offenheit gesprochen hat. Der Kritiker ist ein Werkzeug des „dritten Reichs“, und er befindet sich damit in der gleichen Position wie der Dramenautor, der Romanschriftsteller, der Wissenschaftler und der Lehrer.

Es ist eben zu Ende mit der liberalistisch-subjektiven, das heißt selbstgewonnenen Erkenntnis. Der Kritiker ist Angestellter des Propagandaministeriums. Selbstquälerisch mühen sich Leute wie Herbert Ihering ab, diesen klaren Sachverhalt umschreibend zu verdunkeln.

hast, so kannst du unter der Voraussetzung, daß am 1. Juli sie tote Leute sind, sie von da ab als Lumpen und Schufte bezeichnen. Erklärt dich einer für inkonsequent, so erwidere ihm: „Nicht ich. Der Gang der Ereignisse ist mitunter inkonsequent.“

Halte es nur mit den wahrhaft Guten! Wahrhaft gut ist der Mensch, der sich dauernd an der Macht behauptet. Je rücksichtsloser er dabei mit seinen Gegnern verfährt, um so besser ist er. Nur die Schufte geben ihren Gegnern Chancen. Der wahrhaft Gute schlägt tot, was ihm in die Quere kommt.

Nimm niemals etwas zurück, was du gesagt hast. Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht...! Wer immer lügt, dem glaubt man stets!

(Mitgeteilt von Mucki.)

Schiller marsch-marsch!

In der „Literatur“, Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart, läßt sich ein Mitarbeiter des längeren über neudeutsche Musik aus. Als nachahmendes Beispiel führt er ein Schiller'sches Gedicht an („Der Mensch ist frei geschaffen, ist 'rei...“), das im „dritten Reich“ vertont wurde. Noten und beigegeben, und unter den Noten steht zu lesen:

Das sind keine Achtel und Viertel — es ist die Sturm-glocke der Führer, die den andern das Zeichen geben. Dies ist der Sinn des Canons, auch der Sinn der peitschenden Triole, der Sinn des Laufschrift marsch, marsch, in den hegenden Achteln. Zuletzt überspringt die zweite Sturmkolonne das Worthindernis „vor den Freien zittert nicht!“

Schiller, antreten! Triolen hinlegen, aufstehen, hinlegen! Achtelnoten, Hände an die Hosennaht! Die Freiheit ist ein Hindernis, das übersprungen werden muß. Nun noch statt des Notenschlüssels ein Hakenkreuz — und der Ewigkeitswert gleichgeschalteter Musik ist gesichert.

Das Elend der pädagogischen Literatur Schwierigkeiten in der Nazi-Bildung

Wir haben schon festgestellt, daß für das Schuljahr 1934-35 nicht ein einziges neues Lehrbuch von den Nazis amtlich eingeführt wurde. Nun hat der Reichsbildungsminister Rust bekanntgemacht, daß für die nächsten anderthalb Jahre, also auch für das Schuljahr 1935-36 neue Lehrbücher nicht zu erwarten sind. Das ist eine beachtenswerte Tatsache. Die Herren Bildungsbeamten können sich nicht einigen über das Gemisch von Wissenschaftlichkeit und Unwissenschaftlichkeit, das sie als allgemeinverbindlich statuieren wollen. Die konfessionellen Kämpfe sind noch nicht entschieden. Die Verworfenheiten der verschiedenen Lehrer- und Hitlerjugendführer lassen sich nicht vereinheitlichen. Zudem sind die besten Intelligenzen der Lehrerschaft ausgeschaltet von jeglicher Mitarbeit. Dennoch bringen die Verleger im Wettlauf der Servilität jeden möglichen Irrsinn irgendeines anmaßenden „Führers“ heraus. Die Nazi-Lehrerzeitung wiederum erklärt amtlich fast die gesamte Produktion für inoffiziell. Sicher ist, daß Deutschland, dessen pädagogische Literatur einst führend und berühmt war, auf diesem Gebiete fast nur einwandfreie Lächerlichkeiten hervorbringt — außer den militärischen Instruktionausgaben.

Neudeutsches Liebeslied

Melodie: „Elslein, liebes Elslein.“
(Zupfgeigenhaus)

Ach Elslein, unser Los ist hart,
ich wär so gern bei dir,
doch ach, der böse Rassewart
steht zwischen mir und dir.

Dein Stammbaum, liebes Elslein,
ist nicht so, wie er sollt',
die Ahnenfrau ist nicht ganz rein,
und doch hin ich dir hold.

Im Sumpfe singt der Frosch breckel,
der Be-De-Em schluchzt leis,
dein Ahnenpaß hat einen Fleck,
von dem der Pastor weiß.

Ach Elslein, liebes Elslein,
mein Sehnen ewig währt,
kann fürder nicht mehr Blockwart sein
wenn jemand das erfährt.

So freie ich, wenn's draußen friert,
des Zuchtwarts blonde Kuh,
sie hat die Ahnen wohl sortiert —
mein Herzleid kennst nur du!

dugin.

Ostisch überlagert

Ein gefährlicher Rasse-Ketzer

Auf einem Schulungskursus des Rassepolitischen Amtes des Gaues Magdeburg-Anhalt der NSDAP, wandte sich Ministerialrat Dr. Bartels dagegen, daß fanatische Anhänger des Rassegedankens den nordischen Menschen „züchten“ wollten. Derartiges liege nicht im Rassewollen des Nationalsozialismus. Es wäre auch ganz gleichgültig, ob in einem Volksgenossen eine fälische oder ostische oder dänische „Überlagerung“ vorhanden sei. Es gingen im deutschen Volk jetzt Fanatiker mehr, die, obwohl sie vorher kaum gewußt hätten, was arisch und was semitisch sei, jeden Mitmenschen als nordisch oder baltisch oder sonstige bestimmen wollten. Das seien Auswüchse, die nicht genug bekämpft werden könnten. Denn das nationalsozialistische Rassewollen stünde zu hoch, um daraus einen Versuchskaninchenstall zu machen. Wozu in 1000 Jahren eine nordische Rasse gut sein könnte, wisse niemand von uns, es sei auch gleichgültig, ob sie durch Züchtung zu erreichen sei, wichtig sei nur eins: daß der erbbiologisch gesunde deutsche Mensch erhalten und gefördert werde. An einem Beispiel aus seiner Praxis zeigte Dr. Bartels, wohin das Arbeiten der allzu eifrigen Rasseforscher schon geführt hätte. Zu ihm sei eine junge Frau gekommen, die gebeten hätte, sterilisiert zu werden, weil sie ostisch „überlagert“ wäre.

Eggeling macht es besser

Er will Prüfungszwang für Verlobungen

Bei einem Schulungskursus des Rassenpolitischen Amtes des Gaues Magdeburg-Anhalt der NSDAP, wies der Landesbauernführer Staatsrat Eggeling darauf hin, daß die SS, rassisch einer fortlaufenden Kontrolle unterzogen werde und daß auch Verlobungen dem Prüfungszwang unterlägen. Es sei sogar vorgeschlagen worden, aus rassepolitischen Gründen die Garnisonen aus den Großstädten herauszunehmen und auf die Truppenübungsplätze zu verlegen, damit die Bauernöhne, die in den Städten dienen, nicht nach Beendigung der Militärzeit von Städterinnen, wie es so häufig geschehe, festgehalten würden...

Der beleidigte Bauer

In der „Deutschen Juristenzeitung“, Oktober 1934, lesen wir:

Der Bauer verlangt mit Recht vom Gericht, daß er dort so reden darf wie zu Hause; es ist geradezu eine Beleidigung für ihn, wenn er einem ortsfremden Referendar den Namen seines Dorfes vorbuchstabieren muß.

Der Bauer würde diese Beleidigung mit Fassung zu ertragen wissen, wenn ihn das „dritte Reich“ dafür vom Erbhofeseg befreete.

Theatron Kadash

Das neugegründete palästinensische Theater „Theatron Kadash“, das unter der künstlerischen Leitung des deutschen Regisseurs Alfred Wolf steht, bringt nach der Eröffnungsvorstellung von „Journeys End“ („Die andere Seite“) von R. C. Sherriff bereits am 7. November in der Opera Mougrabl von Tel Aviv seine zweite Aufführung heraus. Diesmal wird ein deutscher Autor, Kurt Göy, mit drei Einaktern „Begebenheiten“ in der hebräischen Uebersetzung von Nathan Altermann zu Worte kommen.

Der Film sticht

Die Verwaltung der Aafa-Film-A.G. hat Konkurs anmelden müssen. Ueber die Gründe verlautet: „Verhandlungen mit Interessentengruppen, die darauf abzielten, diesen die Auswertung des Verleihbestandes der alten Produktion unter gleichzeitiger Uebernahme der neuen Produktion und des größten Teils der Gefolgschaft zu übertragen, scheiterten.“ Wie wir dazu aus privater Quelle erfahren, sind der Aafa nicht weniger als drei Filme von der Nazizensur abgelehnt worden.

Propagandaregeln

Von Joseph Goebbels

Berichte nur wahre Tatsachen! — Wahr ist eine Tatsache, sobald die Behauptung des Gegenteils ins Gefängnis oder Konzentrationslager führt.

Ueber Wahrheit oder Unwahrheit einer Meldung entscheidet die Ausdrucksweise. Erlagen ist z. B. die Meldung: Jude von SA-Leuten totgeschlagen. — Richtig ist sie, wenn gesagt wird: Frecher Jude besprüht SA-Leute mit seinem Blut.

Die Wahrheit kann immer mit der größten Bestimmtheit auftreten. Darum wird eine an sich unwahrscheinliche Behauptung wahr, wenn sie ohne Wimpernzucken aufgestellt wird. Beispiel: Gelähmter Krüppel bei Fluchtversuch erschossen.

Laß dich nie auf Gründe ein! Begründungen zeigen nur, daß du deiner Sache nicht völlig sicher bist. Die Wahrheit braucht keine Begründung, dafür ist sie eben wahr. Die einzig überzeugenden und daher wirksamen Gegenargumente sind Drohungen mit Einsperren, Verprügeln, Boykott usw., besser noch die sofortige Anwendung dieser Mittel.

Glaubst du wirklich einmal, mit einem Gegner diskutieren zu müssen, weil er deinem Arm unerreichbar ist (Ausländer, Emigranten und anderes Untermenschengesindel), so antworte nie auf das, was er sagt, sondern auf das, was er gesagt haben mußte, um es dir möglichst bequem zu machen. Du sicherst dir so bei deinen Lesern den Ruhm eines unbesiegbaren Kämpfers.

Behaupte, daß der Himmel grün ist. Sobald du es oft genug sagst, ist es die Wahrheit. Beim erstenmal werden die Leute lachen, beim zehntenmal zweifeln, beim fünfzigstenmal glauben, beim hundertstenmal jeden in Stücke reißen, der den Himmel für blau erklärt.

Du bist es in jedem Falle, der die Wahrheit sagt. Wenn die Tatsachen nicht damit übereinstimmen wollen, — um so schlimmer für die Tatsachen!

Fürchte niemals, daß die Ereignisse dich Lügen strafen könnten. Denn was du früher einmal gesagt hast, das bestimmst du allein. Nachdem du z. B. deine Verheißungen nicht hast einlösen können, erklärst du: „Wir haben niemals irgend etwas versprochen.“ — Schon geht die Sache in Ordnung.

Schließlich hängt jeder Tatbestand von deiner Auslegung ab: Wir fühlen uns nun alle glücklich. Bitte, wer hindert Euch, Euch glücklich zu fühlen? Nur die Hege sind es, die das Volk unzufrieden und damit unglücklich machen. Niemand wird verhindert, sich glücklich zu fühlen, selbst der Häftling im Konzentrationslager nicht. Wer sich trotzdem weigert, der trägt selbst die Schuld.

Wenn du sichere X, Y und Z bis zu einem Datum, sagen wir bis zum 30. Juni, als strahlende Helden verhimmelt

Der Hitlerputsch

Von
Konrad
Heiden

Die folgende Schilderung des Hitlerputsches von 1923 ist dem Buche Konrad Heiden „Geschichte des Nationalsozialismus. Die Karriere einer Idee“ entnommen. Die Darstellung führt zunächst in die ersten Novembertage jenes Jahres. Bayern war damals beherrscht von drei Männern: dem Generalstaatskommissar von Kahr, dem gegen Berlin meuternden Reichswehrgeneral von Lossow und dem Polizeiobersten von Seißer. Zwischen dieser Gruppe und den Nationalsozialisten unter Hitler bestand eine scharfe Rivalität, aus der sich schließlich der Putsch vom 8. November entwickelte.

Die Sphinx im Reichwehrministerium

Der Diktator Bayerns, der Generalstaatskommissar von Kahr, hatte sich Ende Oktober 1923 mit dem Reichskanzler Stresemann hoffnungslos und ganz unnützlich zerankt. Hoffnungslos - denn indem Kahr die bayerische Reichswehrdivision unter dem General von Lossow zur Meuterei gegen Berlin veranlaßte, hatte er den in Berlin residierenden tatsächlichen Oberbefehlshaber, den General von Seeckt und dessen Generäle geradezu der Republik in die Arme getrieben. Unnützlich - denn Stresemann war bereit, die feurigsten bayerischen Wünsche zu erfüllen. Er ließ seinen Parteifreund, den Admiral Scheer, Sieger der Seeschlacht am Skagerrak und populären Kriegshelden, zu Kahr reisen und bot den Bayern erweiterte staatliche Selbständigkeit, eigene Wehrmacht, eigene Eisenbahn, eigene Post und eigene Finanzverwaltung an.

Das war, von Stresemanns Standpunkt aus, kein Verschleudern eines ohnedies wegrühmenden Besitzes; nein, es sollte der Beginn einer streng konservativen Befestigung der Republik sein. Stresemann wollte die Reaktion; er wollte die Herrschaft des Bürgertums, die Heilighaltung des unbedingten Privateigentums, die Verdammung des Sozialismus in jeder Form, die „Einfügung“ der Arbeiterschaft in einen von Unternehmern geleiteten Staat und damit, politisch gesehen, die Zerspaltung der Arbeiterklasse. Aber er träumte freilich von einer Unternehmerklasse, die das Wohl des Staates über ihre Privatgeschäfte stellte - ein Typ, den es wenigstens in Deutschland nicht gibt und der beim Zusammentreffen von tausend glücklichen Umständen einmal für ein paar Sekunden der Geschichte existieren mag - vergleichsweise ebenso lange, wie eine dreihundert Meter hohe Eisenstange aufrecht balancieren kann - und den nur Spekulant oder Träumer zur Grundlage eines staatlichen Aufbaues machen können.

Stresemann suchte die Republik beim Bürgertum beliebt zu machen, indem er die Theorie vertrat, daß die kleinen Kinder vom Klapperstorch gebracht werden - d. h. er suchte vergessen zu machen, daß schließlich eine Revolution nötig gewesen war, um die deutsche Republik zu erzeugen. Die „Erbarmung“ der Republik war sein Ziel. Er hat tatsächlich diese dem Bürgertum zunächst ungewohnte Staatsform befestigt, indem er die Erinnerung an die Revolution ausblühte. Dafür vergaßen die Bürger ihrerseits allmählich die Fürsten, an denen sie jahrzehntlang gehangen hatten.

So glied die deutsche Republik mehr und mehr einem unaufgeklärten Stillschweben, das von seiner eigenen Entstehung ideale Vorstellungen hat. Die Ursachen sind lehrreich und charakteristisch. Das Bürgertum sah über die Revolution hinweg, weil es in der Republik Vorteile fand; die Arbeiter sprachen ungerne von der Revolution, weil das an viele Fehler und Unterlassungsünden erinnerte. Es war eine unentschiedene, dämmerige Situation, in der für einen Entschlossenen viel Raum zum Handeln war. Hitler handelte, Kahr handelte, und Stresemann handelte. Aber Stresemann blieb Sieger.

Anfang November 1923 warf er die Sozialdemokraten aus der Reichsregierung hinaus - dieselbe mächtige Partei, die nur drei Monate zuvor in großem Angriff für ihn den Reichskanzler Cuno gestürzt hatte. Die Sozialdemokraten waren für Stresemann bei seiner Verständigungspolitik sicher, auch wenn sie nicht mitregierten; dagegen schien es ihm notwendig, die Deutschnationalen, damals die äußerste Rechte, „in die Verantwortung hineinzunehmen“. Die Großindustriellen im Ruhrgebiet wurden durch ein Geschenk von 600 Millionen Goldmark aus der Reichskasse an eine goldene Kette gelegt. Die Separatisten, die im Rheinland eine „rheinische Republik“ ausrufen wollten, hatten einen Augenblick lang wie eine Gefahr ausgesehen; jetzt waren sie, nachdem sich das Bürgertum wieder beruhigt hatte, eine einflusslose Clique, die zuletzt nicht einmal mehr den Schutz der französischen Maschinengewehre genoß. Aber auch die Umsturzpläne der Nationalisten verloren ihre Unterstützung durch die „Wirtschaft“, als Stresemann sich von den Sozialdemokraten löste und den Gang nach rechts antrat. Weitsichtige Dinge waren im Werden, große Möglichkeiten lockten. Sollte Kahr an seinem alten Plan eines Cimbern- und Teutonenzuges von München nach Berlin noch festhalten?

Schwere Entscheidung. Um Klarheit zu bekommen, reiste der Polizeioberst Seisser, oberster Kommandeur der bayerischen Landespolizei, am 2. November nach Berlin und fragte den General von Seeckt, den Chef der Heeresleitung. Seeckt sprach dunkle Worte zum Thema der Regierungs-umbildung: „Das Tempo müsse man schließlich ihm überlassen“ - gewaltsames Tempo, legales Tempo? Wollte Seeckt handeln oder wollte er nur schieben? Wollte er Stresemann betrügen oder die Bayern? Würde er seinem Oberbefehlshaber, dem sozialdemokratischen Reichspräsidenten Ebert, den Eid halten? In den kurzen Phasen, wo sie lebendige Wirklichkeit sind, erweisen sich politische Projekte niemals als so fertig, Entschlüsse als so fest und Zusammenhänge als so klar, wie rückschauende Betrachtung sie zu sehen wünscht. Jedenfalls hatte Seisser die Sphinx im Reichwehrministerium nicht enträtseln können, aber doch den Eindruck gewonnen, daß sie wohl keine Hilfe, aber

auch gerade kein Hindernis sein werde, wenn man selbst Erfolg habe. Es galt, selbständige Entschlüsse zu fassen - eine Aufgabe, in der Herr von Kahr nicht sehr stark war. Aber die bayerischen Machthaber sahen aus dem norddeutschen Nebel keinen Ankermast mehr für ihren bereits allzu hoch gestiegenen Lufthallon ragen. Wollten sie nicht auf das Blachfeld von Stresemanns Realpolitik abstürzen, so mußten sie sich jetzt kühn der eigenen Tragkraft anvertrauen. Kahr wuchs gewaltig, wenigstens in seinen eigenen Augen. Kein Kompromiß mehr mit Ebert, keinen Frieden mit Stresemann! Er selbst wollte jetzt Deutschlands Diktator werden und die „Herren aus dem Norden“ nur mehr als Trabanten dulden. In der Ferne glänzte eine wittelsbachische Kaiserkrone; hatte doch selbst Claß, der alldeutsche Führer, in seinen Zeitungsartikeln dieses Meteor aufsteigen lassen.

Lossows 51 Prozent

Vorher aber mußte das Feuer der heimischen Palastrevolution ausgetreten werden; vorher mußte Hitler, der Rivale, an der Kette liegen.

Hitler war vor Ekstase halb aberwitzig geworden. - so kam es wenigstens dem General von Lossow vor, wenn er sich vor dessen Ohren mit Gambetta und selbstverständlich auch mit Mussolini verglich. Zu Lossows Mitarbeiter, dem Oberleutnant Freiherrn von Berchem, sagte er: „Ich fühle in mir den Beruf, Deutschland zu retten.“ - Berchem: „Zusammen mit Ludendorff? Exzellenz Ludendorff dürfte außenpolitisch nicht tragbar sein.“ - Hitler: „Bah, Ludendorff hat lediglich militärische Aufgaben. Ich brauche ich zur Gewinnung der Reichswehr. In der Politik wird er mir nicht das mindeste dreinreden - ich bin kein Bethmann-Hollweg.“ - Paul: „Wissen Sie, daß auch Napoleon bei Bildung seines Konsulats sich nur mit unbedeutenden Männern umgeben hat?“

Hitlers engere Mitarbeiter lachten freilich über solche Versteigerheiten. Zumal daß Ludendorff nichts Besseres als ein Heldendenkmal auf Rädern sein sollte, auf Hitlers Wink an die Rampe zu schieben - das nahm damals keiner ernst. Für eine leitende Stelle komme Hitler selbstverständlich nicht in Frage, beruhigte Kriebel, der Militärführer des Kampfbundes, einen norddeutschen Besucher; er habe ja ohnedies nur seine Propaganda im Kopf. Und Göring hatte den SA-Führern schon am 23. Oktober erklärt, selbstverständlich werde Ludendorff Reichsdiktator; Hitler werde man schon „irgendwie in die Regierung mitnehmen“. Irgendwie - Göring wußte nicht genau, wie der Volkstribun nach der Machtergreifung noch nützlich beschäftigt werden sollte.

So begriffen diese Offiziere die Zeit, die heraufsteig, und den Staat, den sie selbst gründen sollten. Hitler fragte sie gar nicht, welche Rolle sie ihn spielen lassen wollten, sondern stellte sie seinerseits vor die fertige Entscheidung, die sie nur annehmen oder ablehnen konnten. Er übermühtelte den großen Ludendorff wie den kleinen Göring; keiner von ihnen hatte Anteil an seinem Rat, beide wurden als ausführende Organe benützt, der eine halbwillig, der andere widerwillig. Und was die Propaganda betraf, die ihnen so nebensächlich vorkam wie einem Kanonenfabrikanten Zeitungsinsertate, wußten sie zwar, daß in einem faschistischen Staat die Macht die Hauptsache ist, aber sie hatten noch zu lernen, daß diese Hauptsache vor allem auf Reklame beruht.

In der erwähnten Besprechung am 23. Oktober gab Göring Befehle aus, die alle späteren Grenzberichte des Jahres 1933 verständlich machen und ihre Ablehnung Lügen strafte. Er sagte - und hierüber besitzen wir Zeugnisaussagen vor dem Untersuchungsrichter -: „Wer nach der Machtergreifung die geringste Schwierigkeit macht, ist zu erschließen. Es ist notwendig, daß die Führer sich jetzt schon die Persönlichkeiten heraussuchen, die beseitigt werden müssen. Mindestens einer (gemeint ist offenbar: in jedem Ort) muß zum Abschrecken nach dem Umsturz sofort erschossen werden.“

Das war echte Revolutionsstimmung, aber für einen Mann wie Kahr viel zu greulich. Er beschloß, die Mitkämpfer zu sichten und alles, was dabei über den Rand sprang, zu vernichten. Zu dem Zweck rief er am 6. November die Führer der Wehrverbände zusammen und hielt ihnen gemeinsam mit Lossow eine Standpauke, die darauf hinauslief, daß er jeden Staatsstreich verbiete außer dem, den er selbst vorbereite: „Erst wenn alles bereit ist, beginnt die Tat. Den Befehl dazu gebe ich.“

Und Lossow rief, von den Kampfbundführern am Portepée gefaßt, verzweifelt sein berühmtes gewordenes Wort: „Ich will ja marschieren, Herrgott, ich will ja marschieren, aber nur, wenn ich einundfünfzig Prozent Wahrscheinlichkeit habe.“

Hitlers Torschlußpanik

Die harmlosen Militärs, die der Besprechung beigewohnt hatten, ärgerten sich über die Feigheit der bayerischen Diktatoren; Schlimmeres sahen sie nicht dahinter. Als sie aber im nationalsozialistischen Hauptquartier Bericht erstatteten, fuhr Scheubner-Richter elektrisiert in die Höhe. Nein, Kahr war kein feiger Zauderer, im Gegenteil; er hatte offenbar

etwas Entscheidendes vor, und Hitler und Ludendorff sollten ausgeschaltet werden.

Bei Hitler entstand Torschlußpanik. Er saß am Abend mit Scheubner und Dietrich Eckart zusammen. Der Deutsche wies nach, daß etwas geschehen müsse, um die Ausschaltung zu verhindern. Da Kahr demnächst doch loschlagen würde, war es das Beste, ihm zuvorzukommen - scheinbar in aller Freundschaft zuvorzukommen. Scheubner-Richter entwarf den Plan zum Hitlerputsch.

Kriebel mußte ins Land hinausstelegrafieren und die Anhänger zu den Waffen rufen. Ein Scheinmanöver sollte den Staatsstreich einleiten. Man wollte mit den bewaffneten und in höchster Stärke konzentrierten Truppen des Kampfbundes in der Nacht vom 10. zum 11. November eine große Nachtübung auf der Fröttmaninger Heide im Norden Münchens veranstalten - wie das damals bei den bewaffneten Privatarmeen üblich war und mit fröhlicher Zustimmung von Regierung und Reichswehr oft geschah. Am Morgen des 11. November wollte man dann mit Tausenden von Bewaffneten die Hauptstadt Münchens überfluten - alles unter dem Anschein eines Paradezugs - dort die nationale Regierung ausrufen und Kahr und Lossow vor die vollendete Tatsache stellen. Daß diese dann, halb geschoben, halb gezogen, mitmachen und so die Revolte legalisieren würden, daran wurde nicht gezweifelt.

Der 10. November war also der Stichtag, auf den die militärische Uhr eingestellt war. Aber in unbegreiflichem Leidensinn riß Hitler zwei Tage vorher plötzlich den ganzen Plan auseinander, wagte eine tolle Improvisation - und scheiterte.

Zunächst versuchte er es noch einmal im Guten. Er ließ bei Kahr für den 8. November um eine Audienz bitten. Hätte der sie ihm sofort gewährt - vielleicht wäre Hitler ganz friedlich als Bundesgenosse und Mitregent die Treppe der oberbayerischen Kreisregierung hinuntergegangen. Vielleicht hätte ihn Kahr auch im Vorzimmer verhaften lassen. Aber er kam nicht in das Dilemma, denn er empfing Hitler überhaupt nicht. Das Prestige war schuld. Der Führer der Nationalsozialistischen Partei war in den letzten Wochen zu eitel gewesen, um bei den zahlreichen Konferenzen des Generalstaatskommissars als einer unter vielen zu erscheinen. Kahr wiederum war zu eitel, ihn seinen Aerger fühlen zu lassen. Wenn Hitler jetzt ein Privatgespräch unter vier Augen wollte, mußte der Diktator wenigstens eine Anstandsfrist einschicken. Also besellte er Hitler auf den 9. November. Vielleicht hätte der Tribuna auch noch bis zum 9. gewartet - da geschah etwas, was ihn ernstlich bestürzte.

Am 8. November besuchte Graf Helldorf den General von Lossow. Der Graf ist später berühmt geworden, weil er in der Affäre des Reichstagsbrandes stark belastet wurde. Damals war er noch kein Nationalsozialist, sondern Mitglied des etwas gemäßigteren, zu jener Zeit übrigens auch bedeutenderen Wehrverbandes „Stahlhelm“, und zwar diente er dem zweiten Bundesführer Düsterberg als Adjutant. Helldorf kam aus Mitteldeutschland und brachte schlechte Nachrichten; man war dort noch nicht zum Losschlagen bereit. Da verlor Lossow die Selbstbeherrschung:

„Wenn in Berlin lauter Eunuchen und Kastraten sind,“ rief er, „die zu feig sind, irgendeinen Entschluß zu fassen, kann Deutschland von Bayern allein aus auch nicht gerettet werden.“ Hinter diesem Gepolter lauerte die geheime Hoffnung, daß aus dem ganzen Staatsstreich zuletzt nichts werden würde; das wäre dem im Grunde ganz unpolitischen General, der die Verschwörung schon bis obenhin satt hatte, sicherlich das Liebste gewesen. Aber dann machte er eine Andeutung, die er vielleicht in ihrer ganzen Tragweite nicht erfaßte: „Hat der Norden keinen Willen zum Leben, so muß das schließlich, ob wir wollen oder nicht, zu einer Art von Separatismus führen.“

Als Lossow später vor Gericht diese Szene schilderte, fügte er mit grimmiger Genugtuung hinzu: „Graf Helldorf verließ ziemlich begossen das Lokal.“ Er begriff anscheinend gar nicht, was er angerichtet hatte.

Der Graf fuhr bestürzt zu Scheubner-Richter und erzählte: die Bayern drohen mit Separation. Der Abfall des größten Landes vom Reich steht bevor.

Scheubner, der damals Hitlers politische Schritte leitete, scheint darauf tatsächlich einen nahen separatistischen Putsch in Bayern befürchtet zu haben und glaubte für die völkische Bewegung den geschichtlichen Augenblick gekommen, Deutschland vor Zerfall, katholischer Donaumonarchie und Jesuitengefahr zu retten. Jetzt war offenbar keine Stunde mehr zu verlieren. Der ganze Faberplan der Revolution wurde umgeworfen, der Putsch um zwei Tage vorverlegt, die Konzentration der Truppen nicht abgewartet, auf fast jede militärische Sicherung verzichtet. Statt einer soliden politischen Schlacht veranstaltete Hitler einen Kroatenerüberfall.

„Kannst Du schweigen, Toni?“

Der Zufall bot für den Ueberfall eine wunderbare Gelegenheit. Herr von Kahr hielt auf Bitten einiger Wirtschaftsorganisationen am Abend des 8. November eine große Programmrede im Bürgerbräukeller, einem etwa 3000 Personen fassenden Saal in einer östlichen Vorstadt Münchens. Die sogenannte Programmrede, deren Text erhalten ist, obwohl sie gar nicht gehalten wurde, war eine Sammlung allgemeiner Phrasen und keineswegs ein Signal zum Losschlagen. Die Versammelten waren harmlose Bürger und keineswegs Revolutionäre. Gerade darum hoffte Hitler mit den paar Hundert Bewaffneten, die er in der Eile für den Abend zusammenbrachte, gegen die Versammlung leichtes Spiel zu haben. Außer den engeren Mitarbeitern war sein einziger Mitwisser Pöhner; eine Verständigung mit Kapitän Ehrhardt war mißlungen. Ohne Hitler hätte die Versammlung um halb elf Uhr mit einem Hoch auf den Generalstaatskommissar geendet - und der 9. November wäre ein genau so ruhiger Tag geworden wie der 8.

{Fortsetzung folgt}

Der Standpunkt Frankreichs

„Die ruhige sichere Durchführung der Abstimmung beeinflussen“

(Von unserem Korrespondenten)

A. Ph. Paris, 2. November.

Die hiesige Presse berichtet fast allgemein von der Aufregung, die in Deutschland darüber herrscht, weil die französische Regierung ernstlich entschlossen ist, das Saargebiet (den jeden nationalsozialistischen Handstreich zu schätzen) nach, falls ein solcher Handstreich jenseits der braunen Grenzen beabsichtigt und ins Werk gesetzt würde, sofort die Truppen des 6. und 10. Armee-Korps gegen die braunen Banden vorzuschieben.

Der „Petit-Parisien“

Der ja dem Qual d'Orsay nahesteht, erklärt zu wiederholtem Male, daß entgegen den jetzt vom amtlichen deutschen Nachrichtenbüro verbreiteten Behauptungen, Frankreich in keiner Weise daran denke, die Saarabstimmung zu beeinflussen. Es wolle nur die ruhige und sichere Durchführung der Wahl ermöglichen. Die Saarpolitik reiche dafür nicht aus, die Anwerbung von Dissipolizisten in neutralen Ländern habe nicht genügenden Erfolg gehabt, dabei rüde aber der Tag der Abstimmung immer näher heran. Barthou habe bei der letzten Völkerbundtagung bereits angekündigt, daß, wenn die Saarregierung bewaffneten Schutz vom Völkerbund verlange, Frankreich Truppen zur Verfügung stellen würde. Dazu sei Frankreich auf Grund der schon Jahre zurückliegenden Abmachungen verpflichtet. Wenn nun mit dem „Deutschen Nachrichtenbüro“ auch ein Teil der deutschen Presse die Saarländer autorisiere, munterhafte Disziplin zu bewahren, dann sei das um so besser. Auch Frankreich wünsche nichts anderes als die treue Ausführung des Vertrages. Wenn es diese erwarte, dann könne ihm keiner das Recht beistimmen, die notwendigsten Vorsichtsmaßnahmen zu ergreifen.

Im „Esprit International“

macht Andre Frisbourg, der Vizepräsident des auswärtigen Kammerausschusses, beachtenswerte Ausführungen über das Thema „Frankreich vor der Saarabstimmung“. Er sagt unter anderem:

„Die 1912 Quadratmeter des Saargebietes sind ein edelgeschlossener Raum, wo sich jetzt nicht nur das Schicksal dieses kleinen Landes, sondern auch das Schicksal des benachbarten Elsaß-Lothringens, das Schicksal Großdeutschlands, das Schicksal Deutschlands, unter Umständen Großdeutschlands, Leben oder Sterben des Völkerbundes, das Geschick des Parlamentarismus, des Regimes der Freiheit entscheidet.“

Pathetischer Schmus

Kohlenhändler in Hitlers Stil

Die „Deutsche Kohlenzeitung“, Herbst 1934, lobt, aber mit folgenden Worten:

Liebe Volksgenossen! Vor Ihnen liegt ein unübelbares Heft von 15 Seiten. Aber diese 15 Seiten umfassen ein Weisheitswerk, das in der Ähnlichkeit seiner Anlage und in der Tiefe seiner Wirkungen seinesgleichen in der deutschen Wirtschaftsgeschichte sucht. Es stellt den großzügigen Versuch eines ganzen Berufsstandes, des deutschen Kohlenhändlers dar sich ein eternes Lebensgesetz zu geben. Wer wundert sich über dieses feurige Pathos? Wir nicht — aber der Angriff! Er wundert sich nicht nur, er gerät geradezu in heiligen Horn:

Wer hätte gedacht, daß die Kohlenhändler ein Pathos besitzen? Es gibt ein Pathos der Verpöschung. Täglich können wir politische Nachzügler beobachten, die angeknüpft den Bau unseres Staates erklimmen und oben ein lautes Nichts verkünden. Was in unsre Tage hinein wird überall noch Revolution gefeiert, und Worte, die in kritischer Stunde ihren großen Klara hatten, werden allmählich von Sprechern, Anwälten und Geschäftsführern abgeliefert.

Und jetzt ist die Reihe zu kommen an uns. Wir können darüber, daß der „Angriff“ staunt. Was haben ihm gerade die Kohlenhändler getan? Der ganze sogenannte „deutsche Aufbau“ dröhnt ja bis unter die morschen Dachsparren von allerhöchstem Pathos wieder. Die Kohlenhändler, die Muttergroßisten, die Betriebsleiter, die Druckmaschinenhersteller, die Zergartler, die Schnupstuchfabrikanten, sie alle, alle und aber tausend andere dazu empfangen täglich pathetischen Unterricht in der deutschen Presse und im deutschen Rundfunk — wie sollten sie nicht davon verdorben werden? Jede Denkmalsentwöhnung, jeder Minister-Spaziergang — man denke an Goebbels' Besuch in der Palme! — jede Straßenbenennung, jeder Schmankerl des „Führers“ wird zur Zensur aufgedonnert. Jeder Allgegenwart wird in die weltanschaulichen Wichtigkeiten eingereiht. Die Führer selbst neben den falschen Ton an, die Untertanen brauchen ihn nur nachzuwimmern, um das misshandelnde Konzert zu vervollkommen.

Und ausgerechnet der „Angriff“ des Dr. Goebbels wundert sich über dieses Gewitzler! Und beschäftigt die Frage: was bliebe vom „dritten Reich“ übrig, wenn Phrasen und Pathos verschwänden?

Das Aubi

Was das Volk von den braunen Bonzen hält

Auf einer Tagung der pommerischen Ortsamtsleiter der N.S. Volkswohlfahrt sprach der Kreisamtsleiter Kröhl aus Wolfsbagen. In dem Bericht der „Pommerschen Zeitung“ heißt es u. a.:

„Erinnernd an vorgekommene schmutzige Angriffe seitens irgendwelcher Individuen auf diesen oder jenen Amtswalter der N.S.W., mit denen man ja oft sehr schnell bei der Hand sei, ermahnte der Kreisamtsleiter alle, jeden Eingangs und Ausgangs, und sei es auch nur das geringste, genauestens zu notieren, damit man jene Menschen, die gewissenlos die Ehre Tag für Tag selbstlos für das deutsche Volk sich einsehender Parteigenossen anzutasten versuchten, dahin bringen könne, wo sie hingehören.“

Wenn sich die Herren Ortsamtsleiter schon die Aus- und Eingänge, und sei es auch nur das geringste, genauestens notieren lassen, um sich ein Aubi zu verschaffen, so kann man sich ungefähr denken, wie schlecht das Gewissen ist, das die Korruptionäre der N.S. Volkswohlfahrt mit sich herumtragen!

das im Gegensatz zum Diktaturregime seinen Ausgang von der französischen Revolution nahm. Der Friede, die Freiheit Europas, Frankreichs Frieden im Innern hängen in weitem Maße von der Schlacht ab, die augenblicklich im Gange ist.

Hitlers Eiferer arbeiten mit Terror: mit stillem Terror, wie man an der Saar sagt, weil das Land von einer Regierungskommission des Völkerbundes regiert wird und man in Berlin, falls Blut bliehe, das automatische Eingreifen der Jäger von St. Avold und Nordach fürchtet.

Es gab eine Zeit, wo sich eine sehr starke Mehrheit in Österreich wie an der Saar für die Eingliederung ins Reich ausgesprochen hätte. Heute, angesichts der Ausschreitungen aller Art, mit denen sich die Hitler-Regierung belastet hat, nach den erschütternden Morden vom 30. Juni, nach dem blutigen Wiener Putsch, nachdem Saarländer und Österreicher gefürchtet haben, wie um das „dritte Reich“ sich die italienische Aufregung, die englische Verachtung und die Mißbilligung der Welt sammelten, beglückwünschten sie sich zu ihrer gegenwärtigen Unabhängigkeit; sie wissen ihre verhältnismäßige Sicherheit nach ihrem wahren Wert zu würdigen; sie sind stolz, nicht zu einem Organismus zu gehören, dessen wirtschaftliches Leben unter der fortgesetzten Drohung einer Katastrophe steht, dessen Geld morgen stürzen kann; in ihrem Geist und in ihrem Herzen machen sich deutlich alle die Unterschiede fühlbar, die zwischen Hitlers Untertanen und ihnen selbst vorhanden sind.

Wir wollen, daß im Saargebiet die Achtung vor dem gegebenen Wort, die Achtung vor der Freiheit und den Menschenrechten den Sieg über die Gewalt davontragen, denn tief in unserem Herzen haben wir die Liebe zur Gerechtigkeit, den Abscheu vor der Gewalttat und die leidenschaftliche Hingabe an den Frieden verankert.“

Die Auffassung in Rom

„Frankreich scheine entschlossen“

Rom, 2. Nov. Der diplomatische Mitarbeiter der „Gazzetta del Popolo“ stellt die Frage, ob die Armee-Korps von Metz und Nancy auch Vorbereitungen für den Fall getroffen hätten, daß die Volksabstimmung zugunsten Deutschlands ausfalle. Eine andere Frage sei, ob ein allfälliger nationalsozialistischer Handstreich schon vor der Abstimmung unternommen werde, besonders wenn die jetzt entstehenden Schwierigkeiten sich weiter entwickeln und zu einer Verschiebung der Volks-

Wende im Kirchenstreit!

Die Bischöfe Meiser und Wurm werden wieder eingesezt! — Ein Sieg der neuen Bekenntniskirche und eine Niederlage Hitlers — Druck der Gaulei er

Kein Varieteprogramm kann sensationeller und abwechslungsreicher sein als der evangelische Kirchenkonflikt in Verbindung mit der Haltung des „Führers“. Die Idee des „totalen Staates“, die sich die Weltanschauungen mit den dazu gehörigen Kirchen unterwerfen wollte, verzeichnet ihre bisher schwerste Niederlage.

Was ist innerhalb dreier Tagen geschehen? Am Dienstag erklärte die oberste Kirchenbehörde, Dr. Jäger sei nur als Rechtsberater zurückgetreten. Er bleibe in allen übrigen kirchenpolitischen Funktionen. Ein Tag später hatte er nicht nur diese Ämter niedergelegt, sondern war sogar als Ministerialdirektor aus dem Ministerium ausgeschlossen. Ganz überraschend waren inzwischen die beiden abgelehnten sächsischen Bischöfe Meiser und Wurm und der hannoversche Marahrens auf einen Ruf des Reichsinnenministers Frick hin in Berlin erschienen und wurden sowohl von Frick als vom Führer empfangen. Das Resultat ist, daß die beiden Bischöfe, wie Piarret Niemöller in einer Kirchenkundgebung vor 5000 Menschen in Dahlem mitteilte, **festlich in ihre Ämter wieder eingesetzt werden.** Man rechnet zugleich mit einer baldigen Beurkundung Müller's. Das wäre das Ende dieses Kirchenberaubers. Seine Niederlage befiegt zugleich eine schwere Schlappe Hitlers, der ihn bis zuletzt zu stützen versuchte.

Der Sieg der neuen Bekenntniskirche ist groß. Es handelt sich jetzt nicht mehr um bloße Wiedererlangung der Gewährungsregeln. Das Oberhaupt der Bekenntniskirche, Superintendent Koch, ist im Begriff, nach Berlin überzusiedeln, um maßgeblich an der vollkommenen Neuordnung der Kirchenorganisation mitzuarbeiten. Daß es darum geht, beweißt die folgende Meldung:

Bnd. Berlin, 2. Nov. Kirchenamtlich wird mitgeteilt: Zur Weiterführung der Maßnahmen zur Klärung der kirchlichen Lage hat der Reichsbischof besondere Anordnungen getroffen. Vor allem sollen die entsprechenden Punkte in der Rechtslage der deutschen evangelischen Kirche einschließlich der Disziplinarfälle sofort **überprüft werden.** Mit maßgebenden Reichsstellen in Verbindung aufgenommen. Ziel dieser Maßnahme ist, eine einwandfreie Rechtslage in der deutschen evangelischen Kirche unter allen Umständen sicherzustellen. Ferner ist vorgegeben, den **Bekenntniskongress der Reichskirche eindeutig zu ordnen.** Mit Erlaß einer Kirchenregierungsverordnung, welche die Grundlage für eine Befriedung der Kirche von Gemeinden ausmachen soll, wird gleichfalls in kürzester Frist zu rechnen sein. Es ist der Wille der Reichskirchenregierung, durch die rasche Erledigung dieser Maßnahmen einer Entspannung der Lage herbeizuführen.

Das bedeutet die Aufhebung der Diktatur über die einzelnen Landeskirchen, die unter offenem Rechtsbruch auf die Knie gezwungen wurden. Es kann noch viel mehr bedeuten: die vollkommene Wiederherstellung der evangelischen Freiheit von der Gemeinde aus. Diese würde das ihr genommene Recht der Selbstentscheidung und Selbstverantwortung zurückgewinnen.

Es läuft auf einen politischen Umsturz auf die von der Zentralkirchenregierung im Zeichen des Hakenkreuzes geschaffene Kirchenverfassung hinaus. Schon herrscht in den Reihen der braunen „Deutschen Christen“ heile Empörung. Man erwartet von dieser Seite stürmische Kundgebungen in den nächsten Wochen. Es wäre also sehr verfrüht, von einem Ende des deutschen Kirchenstreits zu sprechen. Der jetzige Versuchungsversuch ist auf die dringenden Vorstellungen zahlreicher nationalsozialistischer Gauleiter

abstimmen zu führen sollten, die mit dem Fehlen der erforderlichen Ruhe und Besonnenheit gerechtfertigt werden könne. Andererseits scheint Frankreich entschlossen zu sein, das Saargebiet nicht herauszugeben, bis seine Ansprüche für seine in den Bergwerken gemachten Millionenanlagen befriedigt sein.

Görings Sorgen

Wie der Landespressediener des Deutschen Nachrichtenbüros mitteilt, plant Ministerpräsident Göring in seiner Eigenschaft als Reichsjägermeister in den Wäldern des Spessarts das Eichwild wieder heimlich zu machen, das heute in Deutschland sonst nur noch in Ostpreußen zu finden ist.

Aechtung

Das heftigste Staatsprekariat veröffentlicht folgende Mitteilung: Die jüdische Hausfrau Margarete Goldstein, wohnhaft Darmstadt, Schlageterstraße 101, wurde wegen verächtlicher Äußerungen gegen den nationalsozialistischen Staat und schändlicher Behandlung einer Verkäuferin des Kaufhauses Gebr. Kolbich in Darmstadt auf die Dauer von zwei Wochen in Schutzhaft genommen.“

Das Neueste

Kurz vor Redaktionsschluss erreicht uns die Frankfurter, daß der frühere Reichstagsabgeordnete Dr. Viktor Cohn in Genf plötzlich gestorben ist. Wir werden in der morgigen Nummer die Bedeutung dieser hervorragenden Persönlichkeit eingehend würdigen.

Wie die Blätter melden, haben zwischen japanischen, englischen und amerikanischen Delegationen bisher kein Ergebnis gehabt. Die Amerikaner hätten von dem japanischen Vertreter Nishikawa über die Art der Waffen verlangt, die als Angriffs- und Verteidigungswaffen anzusehen sind. Die japanische Vertretung habe diese Forderungen gegeben und betont, daß die Gleichheit in der Waffenparität nicht mehr eine Frage der Zahlungen sei. Die Behauptungen von amerikanischer Seite, daß Japan eine Flotte habe, die so stark sei wie die von USA, wird von japanischer Seite zurückgewiesen.

In einer Spannausgabe aus Madrid, die sich auf eine ununterrichtete Quelle stützen soll, ist von der Absicht der spanischen Regierung die Rede, eine 12000 Mann starke motorisierte Division zu schaffen. Die neun Infanteriebataillone dieser Division sollen mit Panzerwagen für die Beförderung der Mannschaften versehen werden. Außerdem soll die Division Panzerwagen, Tanks und Geschütze mit Traktoren erhalten. Sie soll in der Nähe von Madrid stationiert werden.

zurückzuführen, die bei einer Fortdauer der protestantischen Rebellion eine ernste Gefährdung der Bewegung befürchteten. Einige von ihnen wurden unmittelbar bei Hitler vorgestellt.

Die Form, in der der Führer diesen Forderungen nachgab, ist charakteristisch. Er läßt erklären, daß er sich künftig an den Meinungsverschiedenheiten in der Kirche desinteressieren werde. Daran wird deutlich ersichtlich, wie wenig man, bei aller Anerkennung ihres Wertes, die kirchliche Opposition mit der politischen vergleichen kann. Reiner der Wortführer der Bekenntniskirche hat den Opfergang antreten müssen, der Neuhängenden von politischen Widerpartnern des Regimes beschieden war und beschieden ist: der ins Gefängnis, ins Zuchthaus und in Konzentrationslager. Keinen von den opponierenden Bischöfen und Geistlichen hat eine Kugel auf der „Nacht“ getroffen. Nebenläufig zu sagen, daß wir Genugtuung darüber empfinden. Aber die Erwählung dieses grundlegenden Unterschiedes ist eine Ehrenpflicht gegenüber den sozialistischen Vorparlaments und ihrer illegalen Arbeit wider Unterdrückung und Angst.

Wird wirklich so etwas wie einen Kirchenfrieden im „dritten Reich“ geschlossen, dann wird sich die entscheidende Frage wieder vor allem anderen erheben: Was tut Ihr Gottesmänner und Glaubensgemeinden gegen dieses widerwärtige, Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenrechte niederretende „dritte Reich“?

Was fordert die Bekenntniskirche?

Die „drei Säulen“

Berlin, 2. Nov. Wie jetzt bekannt wird, haben die Vertreter der Bekenntniskirche der Regierung Vorschläge unterbreitet, die auf eine Einigung in der Deutschen evangelischen Kirche hinauslaufen. Daran soll die „künftige Deutsche evangelische Kirche auf drei Säulen aufgebaut sein: der lutherischen, der reformierten und der unierten Kirche. Im übrigen beabsichtige die Bekenntniskirche ihre Forderungen gegenüber dem noch antirendenden Reichsbischof gegebenenfalls auf dem Wege des Rechtes geltend zu machen. Von Seiten des Reichsjustizministeriums wurde dabei erklärt, daß einer Klärung der Kirchenfrage auf dem Wege des Rechtes nichts im Wege liege, falls eine andere Möglichkeit zu einer Einigung nicht vorhanden sei. Innerhalb der Bekenntniskirche ist man übrigens der Auffassung, daß alle Erneuerungen von Bischöfen wieder rückgängig zu machen seien, und daß die evangelische Kirche überhaupt die Bekenntniskirche wieder abschaffen und wieder die alten Amtsbezeichnungen einführen soll (Dekan, Superintendent usw.).

Die Un'erredungen in Berlin

Berlin, 2. Nov. Jetzt wird näheres über die Umstände bekannt, unter denen Jägers s'pöblicher Rücktritt erfolgte. Er fühlte sich von Reichsinnenminister Frick desavouiert. Frick hatte von Anfang an den radikalen Kurs der Reichskirchenbehörde in vielen Dingen nicht gebilligt. Es ist seinem Einfluß und dem Verhandlungsgeschick seines Zuhilfenahmenden in kirchlichen Dingen, Ministerialdirektor Gutmann, zu verdanken, daß die Dinge eine andere Wendung nehmen. Ueber den Inhalt der Unterredung zwischen den drei Bischöfen und dem Reichsinnenminister Frick und Reichsministerialdirektor Gutmann ist nichts Bestimmtes. Die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Bekenntniskirche und der Regierung sollen fortgesetzt werden.

„Kaiserin“ Zita

Die Belgrader „Prawda“ konstruiert Zusammenhänge

Belgrad, 2. Nov. Die Blätter richten ihre Angriffe jetzt gegen die österreichischen Monarchisten. Am heftigsten ist die Schreibweise der „Prawda“, die sich an leitender Stelle gegen die „habsburgischen Vampire“ wendet und auch sonst mit harten Kräftebrüchen nicht spart. Sie bringt die österreichischen Legationisten mit der „Mafia“ der ehemaligen Doppelmonarchie in Verbindung, deren Mitglieder „Lodeschatten über das Pflaster von Wien und Budapest gleiten“. Um leben zu können, hätten sich diese Habsburganhänger in den Dienst der Feinde des südslawischen Staates gestellt, von denen sie sich finanzieren ließen. Die schwarzen Generäle und Oberleutnants wollten den Verfall Südslawiens herbeiführen. Den Beweis, daß die österreichischen Monarchisten mit der südslawischen Terrororganisation in enger Verbindung gestanden hätten, könne man außer in den Beständen der in Frankreich verhafteten Attentäter auch in dem Umstand erblicken, daß Pawelitsch am Tage des Königsmordes mit dem Sarkofisch in Wien ein längeres Telefongespräch über den Selbstmord des Obersten Dujitsch geführt habe, der gleichfalls der terroristischen Organisation angehört hätte. Die frühere Kaiserin Zita aber habe wiederum zum Begräbnis des Obersten Dujitsch einen prachtvollen Kranz gesandt.

Sozialismus der Tat

Der große Schwindel im „dritten Reich“

Je rücksichtsloser das faschistische Regime sich als die Herrschaft des Monopolkapitalismus entthüllt, desto notwendiger haben es die Nationalsozialisten, alles, was in Deutschland geschieht, als Sozialismus hinzustellen. Alle die Maßnahmen, die sich für die wertvolle Bevölkerung in sozialer Hinsicht reaktionär auswirken, sind nach den Behauptungen der Nationalsozialisten Sozialismus. Die Festigung der kapitalistischen Klassenherrschaft, die Steigerung der Ausbeutung der Arbeiterschaft ist für sie Sozialismus.

Eine besondere Aufgabe kommt bei dieser Schändung des Sozialismus den früheren Gewerkschaftsblättern zu, die jetzt alleamt als Mitteilungsblatt einer Reichsbetriebsgemeinschaft erscheinen. In der Holzarbeiter-Zeitung wurde unter der Überschrift „Sozialismus der Tat“ kürzlich berichtet, daß die Bauarbeiter in Stolberg in Sachsen „freiwillig“ eine Stunde für die Mischmann-Spende gearbeitet hätten. Dabei ist bekannt, daß in beinahe allen Fällen diese angebliche freiwillige Mehrarbeit durch Terror erpresst wird. In der Notiz heißt es dann weiter:

„Sozialismus in anderer Form zeigt die Firma Wochmann, Strumpfabrik, Benthien. Sie läßt einen Wohnungsbau herstellen. Nicht alltäglich dürfte auch sein und soll deshalb nicht unerwähnt bleiben, daß das Nichtsein des Neubaus im Speisezimmer des Bauherrn gefeiert wurde. Welche Male Sozialismus im Sinne unseres Führers. — Gibt es wohl einen besseren Weg zur Volksgemeinschaft?“

Mit diesem „Sozialismus“ des minderwertigen Kleinbürgers soll die deutsche Arbeiterschaft abgefunden werden!

Arische Ururgroßväter gesucht

Berlin, 2. Nov. (Anprek.) Die bisher in Ostpreußen so beliebte arische Großmutter hat in wesentlichen Bezirken aufgehört, bedeutsam zu sein. Für die SA sind die Großväter ihrer Großväter, also ihre Ururgroßväter, wichtig geworden. Jeder SA-Mann ist verpflichtet, nachzuweisen, daß seine Vorfahren bis zum Ururgroßvater „rein arischen“ Ursprungs sind.

Das neue deutsch-englische Zahlungsabkommen

400 000 Pfund Sterling zur Abdeckung der Warenschulden bereitgestellt

Berlin, 2. November.

Wie von uns in der letzten Ausgabe bereits angekündigt, wurde zwischen dem Reichsfinanzminister Freiherrn von Neurath und Dr. Schacht auf deutscher Seite und dem englischen Botschafter in Berlin und dem englischen Delegationsführer das Zahlungsabkommen abgeschlossen. Das Abkommen regelt drei verschiedene Fragenkomplexe: die Bezahlung der englischen Einfuhr nach Deutschland, die Bezahlung der überfälligen deutschen Schuldenverpflichtungen und die Regelung von Finanzverpflichtungen, vor allem aus der Dapco- und Young-Anleihe. Ueber den wesentlichen Inhalt des Abkommens wird von zuständiger Stelle folgendes mitgeteilt:

Auf deutscher Seite hat man bei den Verhandlungen entscheidendes Gewicht darauf gelegt, daß der Grundgedanke des „neuen Plans“, wonach die Einfuhr von den verfallbaren Devisen abhängig ist, von englischer Seite vertraglich anerkannt wurde. Das Abkommen enthält infolgedessen eine Bestimmung, die besagt, daß soweit die für die Bezahlung der englischen Einfuhr nach Deutschland zur Verfügung zu stellenden Devisen nicht ausreichen, die deutsche Regierung das Recht habe, im Einvernehmen mit der englischen die Ausgabe von Devisenbescheinigungen für englische Waren vorübergehend zu beschränken. Ohne Devisengenehmigung eingeführte Waren haben bekanntlich keinen Anspruch auf Bezahlung.

Andererseits haben die Engländer durchgesetzt, daß die Reichsbank aus den Devisen, die aus der deutschen Ausfuhr nach England anfallen, bestimmte Beträge für den Ankauf englischer Waren bereitgestellt werden. Deutschland hat sich

verpflichtet, gewisse Devisenbeiträge laufend zur Verfügung zu stellen, und zwar nach einem Schlüssel, der die englische Ausfuhr nach Deutschland und die deutsche nach England in das Verhältnis von 55:100 setzt. Die Ausfuhr werde dabei errechnet aus der Grundlage eines Vergleichs zwischen der deutschen und der englischen Statistik. Soweit die Zahlen differieren, werde man das Mittel nehmen. Also jeweils 55 Prozent der deutschen Ausfuhr werden für die englischen Exporteure nach Deutschland zurückbehalten.

Die Verhandlungen über die überfälligen deutsche Warenschuldverpflichtungen hätten besondere Schwierigkeiten gemacht. Der Verhandlungspartner habe entscheidendes Gewicht auf die Regelung dieser Verpflichtungen gelegt. Das Ergebnis besteht in der deutschen Anerkennung dieser Verpflichtungen. Für ihre Bezahlung werde in jedem Monat von der Reichsbank ein Betrag verfügbar gemacht, der 10 Prozent des Wertes der deutschen Ausfuhr nach England entspreche. Sofort mit dem Inkrafttreten des Abkommens soll ein Betrag von 400 000 Pfund für die Abdeckung dieser Schulden zur Verfügung gestellt werden. Was die Regelung der Finanzverpflichtungen anbeht, so sei vereinbart worden, daß die Abmachung vom 4. Juli 1934, die am 31. Dezember außer Kraft treten würde, zu den gleichen Bedingungen wie bisher verlängert würde. Eine Abweichung bestünde für die sogenannten Nicht-Reichsanleihen. England habe erklärt, daß die Sonderabkommen hierüber eine Diskriminierung der englischen Gläubiger bedeuteten. Es habe das Angebot gemacht, wenn man den englischen Gläubigern für die fällig werdenden Anpoco-Forderungsbonds zu 4 Prozent gebe werde der Einwand der Diskriminierung nicht mehr erhoben. Dieses Angebot ist auch von deutscher Seite angenommen.

Regierungskrise in Frankreich?

Schicksalsstunden des Kabinetts Doumergue

(Von unserem Korrespondenten)

A. Ph. Paris, 2. November.

Wieder einmal hat sich Frankreichs innenpolitischer Himmel mit Wolken überzogen. Diejenigen, die geglaubt haben, daß nach dem verhängnisvollen Schluß des radikalsozialistischen Parteitagess in Nantes alle Schwierigkeiten beseitigt sein würden und damit das Weiterbestehen der Regierung Doumergue gesichert sei, haben zu früh aufgetan. Man hatte damit gerechnet, daß Doumergue, wie wir es an dieser Stelle gesagt haben, die in Nantes geschlagene Brücke betreten und auf die Erfüllung einiger seiner Reformwünsche verzichten würde; im Augenblick aber scheint es so, als ob der Ministerpräsident nicht zum Nachgeben bereit sei. Noch am Mittwoch erklärte er, er würde nicht ein Jota von seinem Plan ändern. Mit andern Worten heißt das also, Doumergue halte daran fest, daß in der Verfassung das Recht des Staatspräsidenten vorgelesen werde, die Kammer ohne Zustimmung des Senats aufzulösen. Sollte Doumergue tatsächlich in dieser Frage nicht nachgeben — und darüber wird die am Samstag stattfindende Kabinettsitzung Aufschluß geben — dann muß man damit rechnen, daß noch in oder spätestens unmittelbar nach dieser Sitzung Gerriot und seine fünf radikalsozialistischen Ministerkollegen ihre Demission geben. In diesem Falle würde man eine Regierungskrise erleben, an der mit Ausnahme der rechten und linken Flügelparteien niemand im Lande eine Freude hätte, die vor allem aber die die Regierung stützenden Parteien gar nicht gewollt haben.

Henry de Kerillis im „Echo de Paris“ meint, man wolle Doumergue einreden, er solle erst einmal die Saarabstimmung vorüber sein lassen, um jetzt nicht die inneren Gegensätze zu verschärfen. Wenn man aber zugebe, daß die Saarabstimmung diplomatische Verwicklungen und eine neue Spannung zwischen Deutschland und Frankreich

im Gefolge haben könne, dann sei das ein Grund mehr, um schleunigst noch vorher die inneren Schwierigkeiten aus der Welt zu schaffen. Denn jetzt sei die Regierung zur Ohnmacht verurteilt und nicht in der Lage, an irgendeine Frage, sogar an die der nationalen Verteidigung heranzugehen. Nichts wäre unsäglich, als diese Lage zu verlängern. Und die Abtötung über die Verfassungsreform sei das einzige Mittel, um sofort die Luft zu reinigen.

Der radikale „Deuxième“ hat keine Hoffnung mehr auf einen friedlichen Ausstieg. Doumergue, so bemerkt das Blatt, habe schon keine Maßnahmen getroffen, um, falls es zum Rücktritt der radikalsozialistischen Minister komme, unmittelbar darauf die neuen Männer zu ernennen. Sei das wirklich so einfach? Dann erst sei die Krise unvermeidlich, nicht die Ministerkrise, sondern die politische Krise. Ein Kabinetts ohne Unterstützung der Radikalen könne gegenwärtig kein parlamentarisches Leben führen.

Der Ministerpräsident müßte also sofort nach der Ergänzung seines Kabinetts die Auflösung der Kammer fordern. Dies aber könne nach der geltenden Verfassung nur mit Zustimmung des Senats geschehen. Dieser könne dem Auflösungsantrag zustimmen oder ihn ablehnen. Lehne er ihn ab, dann werde man erst mitten im Wirrwarr sein. Stimme er ihm zu, dann werde das Durcheinander vollkommen sein.

Doumergue bei Lebrun

Paris, 1. Nov. Ministerpräsident Doumergue hatte heute vormittag eine längere Unterredung mit dem Staatspräsidenten Lebrun, die sich wahrscheinlich auf seine Verhandlungen mit den radikalsozialistischen Ministern über die Verfassungsreform bezog. Ueber den Inhalt der Unterredung ist nichts bekannt geworden.

Bücher braucht Jeder

Die „Deutsche Freiheit“

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

muß man regelmäßig lesen

Bestellschein

Ich ersuche um regelmäßige Zusendung der „Deutschen Freiheit“

Name:

Strasse:

Ort:

....., den

Unterschrift

Verlag der „Deutschen Freiheit“

Saarbrücken 3 • Schützenstraße 5 • Postschließfach 776

„Deutsche Freiheit“

Abonnementspreise:

| | | im Monat | Zustellgebühren |
|------------------|------------|----------|-----------------|
| Amerika | Dollar | 1,— | 0,50 |
| Argentinien | Peso | 3,— | 1,— |
| Belgien | belg. Fr. | 15,— | 5,30 |
| Dänemark | Kr. | 3,70 | 2,30 |
| England | sh | 4,— | 1,10 |
| Frankreich | fr. Fr. | 12,— | 3,75 |
| Holland | fl. | 1,50 | 0,40 |
| Italien | Lire | 10,— | 5,— |
| Luxemburg | belg. Fr. | 15,— | 5,30 |
| Neubelgien | belg. Fr. | 12,— | 5,30 |
| (Eupen-Malmedy) | | | |
| Oesterreich | (verboten) | — | — |
| Palästina | sh | 4,— | 1,10 |
| Polen | (verboten) | — | — |
| Rumänien | Lei | 90,— | 30,— |
| Rußland | Rubel | 1,— | — |
| Saargebiet | fr. Fr. | 12,— | 7,50 |
| Schweden | Kr. | 2,60 | 1,70 |
| Schweiz | schw. Fr. | 2,40 | 0,80 |
| Spanien | Peseta | 6,— | 2,— |
| Tschechoslowakei | Kr. | 30,— | 5,50 |

Bei Zusendung unter Kreuzband durch die Post sind die Portogebühren vom Besteller mit dem Abonnementsbetrag zu entrichten

Pariser Berichte

Deutscher Klub

Am Samstag, dem 3. November, um 21 Uhr: Geselliges Beisammensein mit Tanz — Zeitungslektüre — Schachspiele. Gäste willkommen. Eintritt für Mitglieder frei, für Gäste: 5 Franken (Stellungslose: 3 Franken). Die Adresse des Deutschen Klubs lautet: Salons le Péristyle, 31 bis, Rue Vivienne, Paris 2^e (Metro Bourse).

BRIEFKASTEN

Wien, Amsterdam. Von noch Ihrer alten Adresse kommt unbestellbar zurück. Ihre neue Adresse fehlt uns noch. Wir bitten um Mitteilung.

Peter in Baden. Ihrer Aufmerksamkeit verdanken wir die Uebersendung einer Seite der nationalsozialistischen Zeitschrift „Die Brennpunkte“, die ein Wohlblatt sein will. Auf der Seite ist eine Karikatur, die den Präsidenten der nordländischen Regierungskommission in einer Art zeigt, die uns das sofortige Verbot eintragen würde, wenn wir etwa eine Zeichnung Hitlers in solchem Zustande bringen würden. Und wem ein Gebrauh würde die Preise der sogenannten „deutschen Front“ antworten! In diesem Falle oder ähnlich sie schmunzeln. Wir erinnern uns übrigens, daß Herr Dr. Hebbels nach dem letzten 30. Juni über alle deutschen Sender eine Moralpredigt an die ausländische Presse hielt und heilige Schwüre ablegte, daß die Reichsregierung eine Verunglimpfung fremder Staatsmänner unter keinen Umständen dulde — wie jagato zeigt.

Literatur

„Europäische Ostie vereinigt mit Aufruf“: Die soeben erschienene Nr. 10 bringt unter anderem folgende aktuelle Artikel: Deutsche Minister. — Corvus helicti. — Paval und Hitler. — Wien vor der Reichshaltung. — Will Schlemm: Protest gegen eine Religionsänderung. — Bernhard Meune: Torpedierte Wollstoffkonferenz. — Hauptplattierter Pogrom. — Fritz Freiler: Man klage mich an! — Peter Rodin: Wenn dein harter Arm es will... — Friedrich Zueberg: Westloven und Berich; Fenster und Ratt. — Ernst Grobman: Anton Sinclair's Epik. — Paul Keri: Waren es Kroaten? — W. S.: Der angelegte Putsch. — A. Steinfeld: Ch-Turkhan. Verlag und Redaktion: Praha 2, Bickova 64.

Für den Gesamtinhalt verantwortlich: Johann Pij in Dabweiler; für Inserate: Otto Kubu in Saarbrücken. Rotationsdruck und Verlag: Verlag der Volkswirtschaftlichen W.D., Saarbrücken 2, Schützenstraße 5, — Schließfach 776 Saarbrücken.